

Bundesgesetzblatt

25

Teil II

Z 1998 A

1994

Ausgegeben zu Bonn am 13. Januar 1994

Nr. 2

Tag	Inhalt	Seite
3. 1. 94	Gesetz zu den Notenwechseln vom 25. September 1990 und vom 23. September 1991 über die Rechtsstellung der in Deutschland stationierten verbündeten Streitkräfte und zu dem Übereinkommen vom 25. September 1990 zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin FNA: neu: 188 - 51 GESTA: XA12	26
3. 12. 93	Bekanntmachung des deutsch-belarussischen Vertrags über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik	46
7. 12. 93	Bekanntmachung des deutsch-mosambikanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	50
7. 12. 93	Bekanntmachung des deutsch-mosambikanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	51
7. 12. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung	53
8. 12. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zur Änderung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ und der Mehrseitigen Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren	53
8. 12. 93	Bekanntmachung des deutsch-kambodschanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	54
9. 12. 93	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zur Erhaltung der Fledermäuse in Europa	55
14. 12. 93	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-kapverdischen Investitionsförderungsvertrags	56

Hinweis

Die Angaben unter einer Überschrift bedeuten:

FNA: Fundstellennachweis A mit den maßgeblichen Gliederungsnummern (Fundstellennachweis A „Bundesrecht ohne völkerrechtliche Vereinbarungen“, abgeschlossen zum 31. Dezember des vorangegangenen Jahres, zu beziehen von der Bundesanzeiger Verlagsges. m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn, oder durch den Buchhandel),

GESTA: Dokumentation „Stand der Gesetzgebung des Bundes“ mit der maßgeblichen Ordnungsnummer (Loseblattsammlung für die laufende Legislaturperiode des Deutschen Bundestages, zu beziehen von der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co KG, Postfach 6 10, 76484 Baden-Baden, oder durch den Buchhandel).

Gesetz
zu den Notenwechseln
vom 25. September 1990 und vom 23. September 1991
über die Rechtsstellung der in Deutschland stationierten verbündeten Streitkräfte
und zu dem Übereinkommen vom 25. September 1990
zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin

Vom 3. Januar 1994

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

(1) Folgenden, von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkünften wird zugestimmt:

- a) Notenwechsel vom 25. September 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien, der Französischen Republik, Kanada, dem Königreich der Niederlande, den Vereinigten Staaten von Amerika sowie dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen vom 19. Juni 1951 und zu dem Zusatzabkommen zu diesem Abkommen vom 3. August 1959 nebst zugehörigen Übereinkünften (Notenwechsel vom 25. September 1990 zum NATO-Truppenstatut),
- b) Notenwechsel vom 23. September 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien, Kanada und dem Königreich der Niederlande über Besuche der Streitkräfte dieser Staaten in Berlin (Notenwechsel vom 23. September 1991 über Besuche von Streitkräften in Berlin),
- c) Notenwechsel vom 25. September 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik, den Vereinigten Staaten von Amerika sowie dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland zu dem befristeten Verbleib von Streitkräften der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland in Berlin (Notenwechsel vom 25. September 1990 über den befristeten Verbleib von Streitkräften in Berlin),
- d) Übereinkommen vom 25. September 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik, den Vereinigten Staaten von Amerika sowie dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin (Übereinkommen vom 25. September 1990 in bezug auf Berlin).

(2) Die aufgeführten Übereinkünfte werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Für Besetzungsschäden, die in der Zeit vom 5. Mai 1955 bis zum Ablauf des 2. Oktober 1990 im Gebiet der

früheren 3 Westsektoren von Berlin verursacht worden sind, werden nach Maßgabe der Absätze 2 bis 5 Entschädigungen geleistet.

(2) Ein Besetzungsschaden ist gegeben, wenn die Voraussetzungen des § 2 Nr. 1 bis 5 des Gesetzes über die Abgeltung von Besetzungsschäden in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 624-1, veröffentlichten bereinigten Fassung erfüllt sind und keine Ausschlußtatbestände im Sinne der §§ 3 und 33 Abs. 1 dieses Gesetzes vorliegen.

(3) Entschädigungen werden geleistet, wenn und soweit nach der Verordnung Nr. 508 der Kommandanten des amerikanischen, britischen und französischen Sektors vom 21. Mai 1951 (Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Berlin S. 403) und den dazu ergangenen besatzungsrechtlichen Regelungen die Zahlung der Entschädigung genehmigt werden konnte und nicht eine Entscheidung oder Vereinbarung getroffen worden ist, die den Besetzungsschaden endgültig abgeholten hat.

(4) Entschädigungsansprüche sind innerhalb von 6 Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes geltend zu machen. War im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes ein Verfahren zur Abgeltung eines Besetzungsschadens auf der Grundlage der besatzungsrechtlichen Vorschriften anhängig, so bedarf es keines Antrags.

(5) Über die Anträge entscheidet die zuständige Behörde des Landes Berlin unter Anwendung des Gesetzes über das Verfahren der Berliner Verwaltung vom 8. Dezember 1976 (Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Berlin S. 2735). Die §§ 35, 53 Abs. 1 bis 3 und § 54 des Gesetzes über die Abgeltung von Besetzungsschäden sind entsprechend anzuwenden.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten entsprechend für Besetzungsschäden, die in der Zeit vom 1. August 1945 bis zum Ablauf des 2. Oktober 1990 von dem in § 2 Nr. 1 bis 5 des Gesetzes über die Abgeltung von Besetzungsschäden genannten Personenkreis der amerikanischen, britischen oder französischen Besatzungsmächte im Gebiet des früheren Ostsektors von Berlin oder auf den früheren Transitwegen von und nach Berlin verursacht worden sind.

Artikel 3

Die Artikel 6 bis 14 und 25 des Gesetzes zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen vom 18. August 1961 (BGBl. 1961 II S. 1183) gelten sinngemäß für die Abgeltung von Schäden, für die die Streitkräfte des Königreichs Belgien, der Französischen Republik, Kanadas, des Königreichs der Niederlande, der Vereinigten

Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland verantwortlich sind, wenn diese Schäden nach dem 2. Oktober 1990 im Gebiet der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Thüringen verursacht worden sind. Zuständige deutsche Behörden im Sinne des Artikels 8 des Gesetzes zum NATO-Truppenstatut sind die Behörden der Verteidigungslastenverwaltung des Landes Berlin.

Artikel 4

(1) Die den amerikanischen, britischen und französischen Streitkräften am 2. Oktober 1990 auf dem Gebiet des Landes Berlin zur Verfügung stehenden Grundstücke gelten mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 als rechtlich in Anspruch genommen, soweit sie für die im Notenwechsel vom 25. September 1990 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen vom 19. Juni 1951 und zu dem Zusatzabkommen zu diesem Abkommen vom 3. August 1959 nebst zugehörigen Übereinkünften sowie zu dem befristeten Verbleib von Streitkräften der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland in Berlin genannten Zwecke weiterhin benötigt werden.

(2) Die fortdauernde Inanspruchnahme gilt mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 als vorzeitige Besitzeinweisung im Sinne des § 38 des Landbeschaffungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 54-3, veröffentlichten bereinigten Fassung. Die Vorschriften des Landbeschaffungsgesetzes mit Ausnahme des § 42 gelten entsprechend.

Artikel 5

(1) Die den amerikanischen, britischen und französischen Truppen, ihren zivilen Gefolgen, ihren Mitgliedern und Angehörigen in Berlin gemäß Nummer 3 des Notenwechsels vom 25. September 1990 über den befristeten Verbleib von Streitkräften in Berlin eingeräumte Rechtsstellung bezieht sich auch auf die zivilen Arbeitskräfte und andere Personen, die mit der Truppe, ihren zivilen Gefolgen, ihren Mitgliedern und Angehörigen rechtliche Beziehungen unterhalten.

(2) Das Gleiche gilt für die den Streitkräften in Nummer 4b des Notenwechsels vom 25. September 1990 zum NATO-Truppenstatut eingeräumte Rechtsstellung.

Artikel 6

Die Artikel 3 und 5 des Gesetzes zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen vom 18. August 1961 (BGBl. 1961 II S. 1183) gelten auch in den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Artikel 7

Die in den Notenwechseln vom 25. September 1990 in Verbindung mit Artikel VII Abs. 5 Buchstabe a und Abs. 6 Buchstabe a des NATO-Truppenstatuts geregelte Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten ist nach den folgenden besonderen Bestimmungen auszuführen:

§ 1

Soweit die Behörden des Entsendestaates die Gerichtsbarkeit ausüben, sind die Strafverfolgungsbehörden auf

deren Ersuchen befugt, zur Erfüllung der sich aus Artikel VII Abs. 5 Buchstabe a und Abs. 6 Buchstabe a des NATO-Truppenstatuts ergebenden Verpflichtungen den Verfolgten vorläufig ergebenden Verpflichtungen den Verfolgten vorläufig festzunehmen und bis zur Übergabe an die Militärbehörde des Entsendestaates festzuhalten sowie Beschlagnahmen und Durchsuchungen durchzuführen und sonstige zur Erfüllung der Verpflichtung erforderlichen Ermittlungshandlungen vorzunehmen. Die Bestimmungen der Strafprozeßordnung gelten entsprechend, soweit nachstehend nichts anderes bestimmt ist.

§ 2

Die auf Grund eines Ersuchens nach Artikel VII Abs. 6 Buchstabe a des NATO-Truppenstatuts erforderliche Beschlagnahme und Durchsuchung werden von dem Amtsgericht angeordnet, in dessen Bezirk die Handlungen vorzunehmen sind. Sind Rechtshilfehandlungen in den Bezirken mehrerer Gerichte vorzunehmen, so richtet sich die Zuständigkeit danach, welches Gericht oder, solange noch kein Gericht befaßt ist, welche Staatsanwaltschaft zuerst mit der Sache befaßt wurde.

§ 3

(1) Ist nach Eingang eines Ersuchens um Festnahme und Übergabe nach Artikel VII Abs. 5 Buchstabe a des NATO-Truppenstatuts der Aufenthaltsort des Verfolgten nicht bekannt, können die Staatsanwaltschaft und ihre Hilfsbeamten die Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung und zur Festnahme, wenn die vorläufige Festnahme erforderlich ist, veranlassen.

(2) Ist der Aufenthaltsort des Verfolgten bekannt, so ist er vorläufig festzunehmen, wenn aufgrund bestimmter Tatsachen und bei Würdigung der Umstände des Einzelfalles die Gefahr besteht, daß er sich der Übergabe an die Militärbehörde des Entsendestaates entziehen werde.

(3) Ein Festgenommener ist unverzüglich, spätestens am Tage nach seiner Festnahme, dem Richter des nächsten Amtsgerichts vorzuführen.

(4) Der Richter vernimmt den Verfolgten unverzüglich nach der Vorführung, spätestens am nächsten Tag, über seine persönlichen Verhältnisse, insbesondere über seine Staatsangehörigkeit. Er teilt ihm die Gründe der Festnahme mit und weist ihn darauf hin, daß er sich in jeder Lage des Verfahrens eines Beistandes bedienen kann. Sodann befragt er ihn, ob und gegebenenfalls aus welchen Gründen er Einwendungen gegen seine vorläufige Festnahme und die Übergabe an die Militärbehörden des Entsendestaates erheben will.

(5) Hält der Richter die Voraussetzungen für die vorläufige Festnahme für gegeben und das Ersuchen um Übergabe für gerechtfertigt, ordnet er durch Beschluß an, daß der Verfolgte unverzüglich an die zuständige Militärbehörde des Entsendestaates, der um die Festnahme und Übergabe ersucht hat, zu übergeben ist. Andernfalls ist der Verfolgte freizulassen.

(6) Gegen den die Übergabe anordnenden Beschluß des Richters ist die sofortige Beschwerde zulässig. Bis zur Entscheidung des Beschwerdegerichts darf die Übergabe nicht vollzogen werden.

(7) Die für das Gericht örtlich zuständige Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht bereitet die Entscheidung über die Übergabe vor und führt die vom Gericht angeordnete Übergabe durch.

§ 4

Die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit (Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes), der Freiheit der Person (Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) werden nach Maßgabe der §§ 1 bis 3 eingeschränkt.

Artikel 8

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung zu den Notenwechseln vom 25. September 1990 (BGBl. 1990 II S. 1250) außer Kraft.

(2) Der Notenwechsel vom 25. September 1990 zum NATO-Truppenstatut mit Ausnahme seiner Nummer 4 Buchstabe c und der Notenwechsel vom 25. September 1990 über den befristeten Verbleib von Streitkräften in Berlin sind am 3. Oktober 1990 in Kraft getreten (BGBl. 1990 II S. 1250). Die Nummer 4 Buchstabe c des Notenwechsels vom 25. September 1990 zum NATO-Truppenstatut und der ergänzende Notenwechsel vom 23. September 1991 über Besuche von Streitkräften in Berlin treten zu dem in Absatz 1 vorgesehenen Zeitpunkt in Kraft.

(3) Der Tag, an dem das Übereinkommen vom 25. September 1990 in bezug auf Berlin nach seinem Artikel 11 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 3. Januar 1994

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Die Bundesministerin der Justiz
Leutheusser-Schnarrenberger

Der Bundesminister der Finanzen
Theo Waigel

Der Bundesminister der Verteidigung
Volker Rühe

Notenwechsel
vom 25. September 1990
zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages
über die Rechtsstellung ihrer Truppen vom 19. Juni 1951
und zu dem Zusatzabkommen zu diesem Abkommen vom 3. August 1959
nebst zugehörigen Übereinkünften

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, 25. September 1990

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, 25 September 1990

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, le 25 septembre 1990

Exzellenzen,

Ich beehre mich, auf die zwischen Vertretern der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, des Königreichs Belgien, der Französischen Republik, Kanadas, des Königreichs der Niederlande, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland geführten Gespräche über das Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen, das Zusatzabkommen vom 3. August 1959 zu dem genannten Abkommen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen („Zusatzabkommen“) und die dazugehörigen Vereinbarungen Bezug zu nehmen. Ich beehre mich, Ihren Regierungen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland das folgende zur Kenntnisnahme vorzuschlagen:

1. Nach Herstellung der Einheit Deutschlands und dem Abschluß des am 12. September 1990 unterzeichneten Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland bleiben die genannten Übereinkünfte vorbehaltlich der Nummern 2 und 4 dieser Note in Kraft.
2. Nach Artikel 82 des Zusatzabkommens kann jede Vertragspartei eine Überprüfung des genannten Abkommens beantragen; in diesem Fall wird mit der Überprüfung spätestens drei Monate nach Stellung des Antrags begonnen. Die Vertragsparteien prüfen diese Angelegenheit derzeit, wobei sie den Entwicklungen in Europa und in Deutschland Rechnung tragen, insbesondere der Durchführung von Truppenreduzierungen und der Vollendung der Einheit Deutschlands.
3. Bei der Anwendung dieser Übereinkünfte werden die unter Nummer 2 genannten Entwicklungen gebührend berücksichtigt.
4. a) Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der derzeitige räumliche Geltungsbereich dieser Übereinkünfte von der Herstellung der Ein-

Excellencies,

I have the honour to refer to the discussions which have taken place between representatives of the Governments of the Federal Republic of Germany, the Kingdom of Belgium, Canada, the French Republic, the Kingdom of the Netherlands, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America concerning the Agreement of 19 June 1951 between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces, the Agreement of 3 August 1959 to supplement that Agreement with respect to foreign forces stationed in the Federal Republic of Germany (“the Supplementary Agreement”), and the Agreements related thereto. I have the honour to propose on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany that your Governments note that:

1. Following the establishment of German unity and the conclusion of the Treaty on the Final Settlement with respect to Germany, signed on 12 September 1990, the above-mentioned Agreements remain in force, subject to paragraphs 2 and 4 below.
2. According to Article 82 of the Supplementary Agreement, any Party may request a review of that Agreement; in this case such a review shall be opened within a period not to exceed three months after submission of the request. The Parties are currently studying this matter, bearing in mind developments in Europe and in Germany, notably the implementation of force reductions and the attainment of German unity.
3. In the application of these Agreements due account will be taken of the developments mentioned in the previous paragraph.
4. a) Taking account of the fact that the existing territorial application of these Agreements shall remain unaffected by the establishment of

Excellences,

J'ai l'honneur de me référer aux discussions qui ont eu lieu entre des représentants des Gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, du Royaume de Belgique, du Canada, des Etats-Unis d'Amérique, de la République française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et du Royaume des Pays-Bas au sujet de la Convention du 19 juin 1951 entre les Etats Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le statut de leurs forces, de l'Accord du 3 août 1959 complétant cette Convention en ce qui concerne les forces étrangères stationnées en République fédérale d'Allemagne («l'Accord complémentaire») et des Accords qui s'y rapportent. J'ai l'honneur de proposer, au nom du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, que vos gouvernements prennent acte de ce que:

1. Les accords mentionnés plus haut demeurent en vigueur, sous réserve des paragraphes 2 et 4 ci-dessous, après l'établissement de l'unité allemande et la conclusion du Traité portant règlement définitif concernant l'Allemagne, signé le 12 septembre 1990.
2. En vertu de l'article 82 de l'Accord complémentaire, chaque Partie peut demander un réexamen de cet Accord; dans cette hypothèse un tel réexamen sera engagé dans un délai qui n'excédera pas trois mois après le dépôt de la demande. Les Parties étudient actuellement cette question, ayant à l'esprit les développements en Europe et en Allemagne, notamment la mise en œuvre des réductions de forces et l'achèvement de l'unité allemande.
3. Dans l'application de ces accords, il sera dûment tenu compte des développements mentionnés au paragraphe ci-dessus.
4. a) Prenant en considération le fait que l'application territoriale actuelle de ces accords ne sera pas affectée par l'établissement de l'unité alle-

heit Deutschlands unberührt bleibt, dürfen die Truppen der Entsendestaaten, ihre zivilen Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen jede dienstliche Tätigkeit mit Ausnahme von Reisen nach und von Berlin nur mit ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Behörden durchführen. Private Tätigkeiten eines Mitglieds ihrer Truppen oder zivilen Gefolge oder eines Angehörigen bedürfen keiner Zustimmung.

- b) Die Truppen der Entsendestaaten, ihre zivilen Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen haben in den genannten Ländern die gleiche Rechtsstellung, die ihnen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein gewährt wird.
- c) Die Bestimmungen dieser Nummer gelten in Berlin für die belgischen, kanadischen und niederländischen Truppen, ihre zivilen Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen, sobald die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte unwirksam werden. Die Bundesrepublik Deutschland, das Königreich Belgien, Kanada und das Königreich der Niederlande arbeiten so bald wie möglich zusätzliche Regelungen im Geist dieser Vereinbarung aus.
- d) Sollten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien dieser Vereinbarung betreffend die praktische Anwendung dieser Nummer auftreten, so werden sie durch ein beratendes Gremium beigelegt, das sich aus Vertretern der Bundesrepublik Deutschland und jeder anderen unmittelbar betroffenen Vertragspartei zusammensetzt.
- e) Die Bestimmungen dieser Nummer werden bei Ablauf der in Artikel 4 Absatz 1 des Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland bezeichneten Frist oder, wenn die Vertragsparteien dieser Vereinbarung dies vereinbaren, zu einem früheren Zeitpunkt überprüft.

Falls sich die Regierungen des Königreichs Belgien, der Französischen Republik, Kanadas, des Königreichs der Niederlande, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland mit dem Inhalt dieser Note einverstanden erklären, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierungen zum Ausdruck bringenden Antwortnoten eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die nach

German unity, any official activity by the forces of the sending States, their civilian components, their members and dependents in the Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Saxony, Saxony-Anhalt and Thuringia, with the exception of travel to and from Berlin, shall only occur with the express consent of the German authorities. Private activities by any member of their forces or civilian components or by any dependent shall not require consent.

- b) The forces of the sending States, their civilian components, their members and dependents shall enjoy in the above-mentioned Länder the same status as that accorded to them in the Länder Baden-Württemberg, Bavaria, Bremen, Hamburg, Hesse, Lower Saxony, North-Rhine/Westphalia, Rhineland-Palatinate, Saarland and Schleswig-Holstein.
- c) The provisions of this paragraph shall apply in Berlin for the Belgian, Canadian and Netherlands' forces, their civilian components, their members and dependents when Quadripartite rights and responsibilities cease to have effect. The Federal Republic of Germany, the Kingdom of Belgium, Canada, and the Kingdom of the Netherlands shall develop as soon as possible additional arrangements in the spirit of this Agreement.
- d) If differences arise between the Parties to this Agreement relating to the practical application of this paragraph, they shall be settled by a consultative group consisting of representatives from the Federal Republic of Germany and any other Party directly concerned.
- e) The provisions of this paragraph shall be reviewed at the expiry of the period referred to in Article 4, paragraph 1, of the Treaty on the Final Settlement with respect to Germany, or earlier, should the Parties to this Agreement so agree.

If the Governments of the Kingdom of Belgium, Canada, the French Republic, the Kingdom of the Netherlands, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America agree to the content of this Note, this Note and the Notes in reply thereto expressing your Governments' agreement shall constitute an Agreement between our Governments, which shall enter into force, following completion of the necessary constitutional

mande, toute activité officielle d'une quelconque des forces des Etats d'origine, de leurs éléments civils, de leurs membres et de leurs personnes à charge dans les Länder de Brandebourg, Mecklembourg-Poméranie antérieure, Saxe, Saxé-Anhalt et Thuringe, à l'exception des déplacements à destination et à partir de Berlin, ne pourra avoir lieu qu'avec le consentement exprès des autorités allemandes. Ce consentement ne sera pas requis pour les activités privées de tout membre des forces ou des éléments civils, ou de leurs personnes à charge.

- b) Les forces des Etats d'origine, leurs éléments civils, leurs membres et leurs personnes à charge jouiront dans les Länder ci-dessus mentionnés du même statut que celui qui leur est accordé dans les Länder de Bade-Wurtemberg, Bavière, Brême, Hambourg, Hesse, Basse-Saxe, Rhénanie du Nord/Westphalie, Rhénanie-Palatinat, Sarre et Schleswig-Holstein.
- c) Les dispositions du présent paragraphe s'appliqueront à Berlin aux forces belges, canadiennes et néerlandaises, à leurs éléments civils, à leurs membres et à leurs personnes à charge lorsque les effets des droits et responsabilités quadripartites auront cessé. La République fédérale d'Allemagne, le Royaume de Belgique, le Canada et le Royaume des Pays-Bas élaboreront aussi rapidement que possible des arrangements additionnels dans l'esprit du présent accord.
- d) Si des divergences apparaissent entre les Parties au présent accord relatives à l'application pratique du présent paragraphe, elles seront réglées par un groupe de consultation composé de représentants de la République fédérale d'Allemagne et de toute autre Partie directement concernée.
- e) Les dispositions du présent paragraphe seront réexaminées à l'expiration de la période visée à l'article 4, paragraphe 1, du Traité portant règlement définitif concernant l'Allemagne, ou plus tôt si les Parties au présent accord en conviennent ainsi.

Si les Gouvernements du Royaume de Belgique, du Canada, des Etats-Unis d'Amérique, de la République française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et du Royaume des Pays-Bas acceptent le contenu de cette lettre, cette lettre et les lettres de réponse exprimant l'accord de vos gouvernements constitueront un accord entre nos gouvernements. Cet accord entrera en vigueur, après l'accomplissement des procédures

Erfüllung der erforderlichen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen in der Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, sobald die Einheit Deutschlands hergestellt ist.

Der englische und der französische Wortlaut dieser Note sind beigefügt; die drei Wortlaute sind gleichermaßen verbindlich.

Genehmigen Sie, Exzellenzen, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

S. E.
dem Botschafter des Königreichs Belgien

S. E.
dem Botschafter
der Französischen Republik

S. E.
dem Botschafter Kanadas

S. E.
dem Botschafter des Königreichs
der Niederlande

S. E.
dem Botschafter der Vereinigten Staaten
von Amerika

S. E.
dem Botschafter des Vereinigten
Königreichs Großbritannien und Nordirland
Bonn

requirements in the Federal Republic of Germany, when German unity is established.

The English and French texts of this Note are attached hereto, all three texts being equally authentic.

Please accept, Excellencies, the assurances of my highest consideration.

H. E.
The Ambassador of the Kingdom
of Belgium

H. E.
The Ambassador of the French Republic

H. E.
The Ambassador of Canada

H. E.
The Ambassador of the Kingdom
of the Netherlands

H. E.
The Ambassador of the United States
of America

H. E.
The Ambassador of the United Kingdom
of Great Britain and Northern Ireland
Bonn

constitutionnelles requises en République fédérale d'Allemagne, lorsque l'unité de l'Allemagne sera réalisée.

Les textes anglais et français de cette lettre sont joints, tous trois faisant également foi.

Je vous prie d'agréer, Excellences, l'assurance de ma très haute considération.

S. E.
l'Ambassadeur du Royaume de Belgique

S. E.
l'Ambassadeur de la République française

S. E.
l'Ambassadeur du Canada

S. E.
l'Ambassadeur du Royaume des Pays-Bas

S. E.
l'Ambassadeur des Etats-Unis d'Amérique

S. E.
l'Ambassadeur du Royaume-Uni de
Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
Bonn

**Notenwechsel
vom 23. September 1991
über die Rechtsstellung der belgischen, kanadischen und niederländischen Truppen
in Berlin**

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 23. September 1991

Exzellenzen,

Ich beehre mich, auf die zwischen Vertretern der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, des Königreichs Belgien, Kanadas und des Königreichs der Niederlande geführten Gespräche über zusätzliche Regelungen im Sinne der Nummer 4 Buchstabe c der Vereinbarung durch Notenwechsel vom 25. September 1990 zum NATO-Truppenstatut, zum Zusatzabkommen und zu den dazugehörigen Vereinbarungen Bezug zu nehmen und den Regierungen des Königreichs Belgien, Kanadas und des Königreichs der Niederlande im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgende Vereinbarung über Erleichterungen von Besuchen in Berlin vorzuschlagen:

1. Unter Berücksichtigung der politischen Gegebenheiten in Berlin, deren sich alle Seiten bewußt sind, dürfen sich nach vorheriger Anmeldung bei den deutschen Behörden bis zu vier Personen der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten belgischen, kanadischen und niederländischen Truppen, ihrer zivilen Gefolge, ihrer Mitglieder und Angehörigen gemeinsam zu dienstlichen Tätigkeiten in Berlin aufhalten; bei gemeinsamem Aufenthalt von mehr als vier Personen ist eine Genehmigung der deutschen Behörden erforderlich.
2. Private Tätigkeiten eines Mitglieds ihrer Truppen (ohne Uniform), der zivilen Gefolge oder eines Angehörigen bedürfen keiner Zustimmung.
3. Waffen dürfen nicht mitgeführt werden.

Falls sich die Regierungen des Königreichs Belgien, Kanadas und des Königreichs der Niederlande mit dem Inhalt dieser Note einverstanden erklären, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierungen zum Ausdruck bringenden Antwortnoten eine Vereinbarung zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, des Königreichs Belgien, Kanadas und des Königreichs der Niederlande bilden, die nach Erfüllung etwa erforderlicher

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, 23 September 1991

Excellencies,

I have the honour to refer to the discussions which have taken place between representatives of the Governments of the Federal Republic of Germany, the Kingdom of Belgium, Canada and the Kingdom of the Netherlands on additional arrangements within the meaning of paragraph 4 (c) of the Agreement by Exchange of Notes of 25 September 1990 concerning the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces, the Supplementary Agreement and the Agreements related thereto, and to propose to the Governments of the Kingdom of Belgium, Canada and the Kingdom of the Netherlands, on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany, the following Arrangement to facilitate visits to Berlin:

1. Taking account of the political situation in Berlin, of which all parties are aware, up to four persons of the Belgian, Canadian and Dutch forces stationed in the Federal Republic of Germany, their civilian components, their members and dependents may together, having informed the German authorities, stay in Berlin to carry out official activities; authorization shall be required from the German authorities if a stay is to be by more than four persons.
2. Private activities of any member of their forces (in civilian clothes) or civilian components or by any dependent shall not require consent.
3. No weapons may be carried.

If the Governments of the Kingdom of Belgium, Canada and the Kingdom of the Netherlands agree to the content of this Note, this Note and the Notes in reply thereto expressing your Governments' agreement shall constitute an Arrangement between the Governments of the Federal Republic of Germany, the Kingdom of Belgium, Canada and the Kingdom of the Netherlands, which shall enter into force following completion of any necessary constitutional

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, le 23 septembre 1991

Excellences,

Me référant aux discussions qui ont eu lieu entre des représentants des Gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, du Royaume de Belgique, du Canada et du Royaume des Pays-Bas au sujet d'arrangements additionnels dans l'esprit de l'alinéa c) du paragraphe 4 de l'Accord par échange de lettres du 25 septembre 1990 concernant la Convention entre les Etats Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le statut de leurs forces, l'Accord complémentaire et les Accords qui s'y rapportent, j'ai l'honneur de proposer aux Gouvernements du Royaume de Belgique, du Canada et du Royaume des Pays-Bas, au nom du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, de conclure l'Arrangement suivant en vue de faciliter les visites à Berlin:

- 1) Compte tenu de la situation politique à Berlin, dont sont conscientes toutes les Parties, un maximum de quatre personnes des forces belges, canadiennes et néerlandaises stationnées en République fédérale d'Allemagne, de leurs éléments civils, de leurs membres et de leurs personnes à charge pourront, après en avoir informé les autorités allemandes, séjourner ensemble à Berlin pour des activités officielles; une autorisation des autorités allemandes sera requise si plus de quatre personnes séjournent ensemble à Berlin.
- 2) Un consentement ne sera pas requis pour les activités privées de tout membre des forces (en civil), des éléments civils ou de leurs personnes à charge.
- 3) Le port d'armes sera interdit.

Si les Gouvernements du Royaume de Belgique, du Canada et du Royaume des Pays-Bas acceptent le contenu de cette note, cette note et les notes de réponse exprimant l'accord de vos gouvernements constitueront un accord entre les Gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, du Royaume de Belgique, du Canada et du Royaume des Pays-Bas qui entrera en vigueur après l'accomplissement des procédures constitutionnelles éventuelle-

derlicher verfassungsrechtlicher Voraussetzungen in Kraft tritt. Jede Regierung unterrichtet die anderen über die Erfüllung ihrer verfassungsrechtlichen Voraussetzungen.

Der englische und französische Wortlaut dieser Note sind beigelegt; die drei Wortlaute sind gleichermaßen verbindlich.

Genehmigen Sie, Exzellenzen, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

requirements. Each Government shall notify the other Governments of the completion of its constitutional requirements.

The English and French texts of this Note are attached hereto, all three texts being equally authentic.

Accept, Excellencies, the assurance of my highest consideration.

ment requises. Chaque gouvernement informera les autres de l'accomplissement de ses procédures constitutionnelles.

Les textes anglais et français de cette note sont joints, tous trois faisant également foi.

Veillez agréer, Excellences, les assurances de ma très haute considération.

S. E.
dem Botschafter
des Königreichs Belgien

S. E.
dem Botschafter
Kanadas

S. E.
dem Botschafter
des Königreichs der Niederlande
Bonn

To
H. E.
the Ambassador
of the Kingdom of Belgium

H. E.
the Ambassador
of Canada

H. E.
the Ambassador
of the Kingdom of the Netherlands
Bonn

S. E.
l'Ambassadeur
du Royaume de Belgique

S. E.
l'Ambassadeur
du Canada

S. E.
l'Ambassadeur
du Royaume des Pays-Bas
Bonn

**Notenwechsel
vom 25. September 1990
zu dem befristeten Verbleib von Streitkräften
der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs
Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika
in Berlin**

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, 25. September 1990

Exzellenzen,

Ich beehre mich, auf die kürzlich zwischen Vertretern der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland geführten Gespräche Bezug zu nehmen. Diese Gespräche fanden im Anschluß an das Ersuchen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland um den Verbleib von Streitkräften der anderen drei Staaten in Berlin statt. Der Aufenthalt dieser Streitkräfte wird die fortdauernde Solidarität der anderen drei Staaten mit der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere mit der Stadt Berlin und ihren Einwohnern zum Ausdruck bringen, indem er einen Beitrag zur Sicherheit Berlins leistet. Ich beehre mich daher, im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgendes vorzuschlagen:

1. Die Bundesrepublik Deutschland, die Französische Republik, die Vereinigten Staaten von Amerika und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland vereinbaren für einen begrenzten Zeitraum den Aufenthalt von Streitkräften der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland in Berlin.
2. Die amerikanischen, britischen und französischen Streitkräfte dürfen sich auf dem jeweiligen Stand (Personal und militärische Ausrüstung) vom 12. September 1990 in Berlin aufhalten.
3. Die amerikanischen, britischen und französischen Truppen, ihre zivilen Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen in Berlin oder auf dem Weg zwischen Berlin und den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein haben die gleiche Rechtsstellung, die ihnen in diesen Ländern gewährt wird.

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, 25 September 1990

Excellencies,

I have the honour to refer to the discussions which have taken place recently between representatives of the Governments of the Federal Republic of Germany, the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America. These discussions took place following the request by the Government of the Federal Republic of Germany that armed forces of the other three States should remain in Berlin. The presence of these forces will demonstrate the continued solidarity of the other three States with the Federal Republic of Germany and especially with the city of Berlin and its inhabitants in contributing to the security of Berlin. I accordingly have the honour to propose on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany the following:

1. The Federal Republic of Germany, the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America agree to the presence, for a limited period, of forces of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America in Berlin.
2. The French, United Kingdom and United States forces may be present in Berlin up to their respective levels (personnel and military equipment) in effect on 12 September 1990.
3. The French, United Kingdom and United States forces, their civilian components, their members and dependents in Berlin or moving between Berlin and the Länder Baden-Württemberg, Bavaria, Bremen, Hamburg, Hesse, Lower Saxony, North-Rhine/Westphalia, Rhineland-Palatinate, Saarland and Schleswig-Holstein, shall enjoy the same status as that accorded to them in those Länder.

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, le 25 septembre 1990

Excellences,

J'ai l'honneur de me référer aux conversations qui ont eu lieu récemment entre des représentants des Gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, des Etats-Unis d'Amérique, de la République française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord. Ces conversations ont eu lieu à la suite de la demande du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne que des forces armées des trois autres Etats demeurent à Berlin. La présence de ces forces témoignera du maintien de la solidarité des trois autres Etats avec la République fédérale d'Allemagne et, en particulier, avec la ville de Berlin et ses habitants, en contribuant à la sécurité de Berlin. En conséquence, j'ai l'honneur, au nom du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, de proposer ce qui suit:

1. La République fédérale d'Allemagne, les Etats-Unis d'Amérique, la République française et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord donnent leur accord à la présence à Berlin, pour une période limitée, de forces des Etats-Unis d'Amérique, de la République française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord.
2. Les forces américaines, françaises et britanniques pourront être présentes à Berlin jusqu'à leurs niveaux respectifs (en effectifs et en armements) effectivement atteints au 12 septembre 1990.
3. Les forces américaines, françaises et britanniques, leurs éléments civils, leurs membres et leurs personnes à charge à Berlin ou se déplaçant entre Berlin et les Länder de Bade-Wurtemberg, Bavière, Brême, Hambourg, Hesse, Basse-Saxe, Rhénanie du Nord/Westphalie, Rhénanie-Palatinat, Sarre et Schleswig-Holstein, bénéficieront du même statut que celui qui leur est accordé dans ces Länder.

4. Die Bundesrepublik Deutschland gewährleistet den amerikanischen, britischen und französischen Streitkräften in Berlin in Übereinstimmung mit den einschlägigen deutschen Rechtsvorschriften die fortdauernde und kostenlose Verfügbarkeit von Einrichtungen und Liegenschaften, die zur Erfüllung ihres Auftrags erforderlich sind. Einrichtungen und Liegenschaften, die bisher genutzt wurden, jedoch nicht länger für die Erfüllung dieses Auftrags erforderlich sind, werden so bald wie möglich an die deutschen Behörden zurückgegeben.
5. Die amerikanischen, britischen und französischen Streitkräfte in Berlin stimmen alle Tätigkeiten eng mit den zuständigen deutschen Behörden ab, wobei Übereinstimmung darüber besteht, daß die Hauptverantwortung für die Gewährleistung der Sicherheit Berlins bei deutschen Behörden liegt. Zu diesem Zweck treffen sie für Verbindungsmaßnahmen geeignete Absprachen.
6. Die Bundesrepublik Deutschland stellt Einrichtungen für die Ausbildung der amerikanischen, britischen und französischen Truppen nach Maßgabe der jeweiligen nationalen Ausbildungsnormen und der in Anlage 1 dieser Vereinbarung niedergelegten Grundsätze zur Verfügung.
7. Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die den amerikanischen, britischen und französischen Streitkräften im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrags entstehenden Kosten in Übereinstimmung mit den in Anlage 2 dieser Vereinbarung niedergelegten Grundsätzen sowie aufgrund späterer zwischen den betroffenen Vertragsparteien gegebenenfalls zu treffender Vereinbarung.
8. Die Bundesrepublik Deutschland gewährleistet und erleichtert Luftbewegungen nach und von Berlin und Landbewegungen zwischen Berlin und den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein durch amerikanische, britische und französische Streitkräfte.
9. Die Bundesrepublik Deutschland, die Französische Republik, die Vereinigten Staaten von Amerika und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland kommen überein, so bald wie möglich etwaige ergänzende Abmachungen auszuarbeiten, die zur Durchführung dieser Vereinbarung erforderlich sind.
10. Diese Vereinbarung kann auf Antrag einer Vertragspartei nach Ablauf von zwölf Monaten nach ihrem Inkrafttreten jederzeit von den Vertragsparteien zu dem Zweck überprüft werden, Einvernehmen über Änderungen zu erzielen.
4. The Federal Republic of Germany shall guarantee to the French, United Kingdom and United States forces in Berlin in accordance with the relevant German legislation the continued availability at no cost of facilities and accommodation which are necessary for the fulfilment of their mission. Facilities and accommodation used until now, but no longer necessary for the fulfilment of this mission, shall be released to the German authorities as soon as possible.
5. The French, United Kingdom and United States forces in Berlin shall closely coordinate all activities with the competent German authorities on the understanding that primary responsibility for ensuring the security of Berlin rests with German authorities. For this purpose, they shall establish appropriate liaison arrangements.
6. The Federal Republic of Germany shall provide facilities for the training of the French, United Kingdom and United States forces in accordance with respective national training standards and with the principles in Annex 1 to this Agreement.
7. The Federal Republic of Germany shall provide for costs of the French, United Kingdom and United States forces related to the fulfilment of their mission, in accordance with the principles in Annex 2 to this Agreement and as may subsequently be agreed between the Parties concerned.
8. The Federal Republic of Germany shall guarantee and facilitate air movements to and from Berlin and surface movements between Berlin and the Länder Baden-Württemberg, Bavaria, Bremen, Hamburg, Hesse, Lower Saxony, North-Rhine/Westphalia, Rhineland-Palatinate, Saarland and Schleswig-Holstein by French, United Kingdom and United States forces.
9. The Federal Republic of Germany, the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America agree to develop, as soon as possible, any additional arrangements that may be needed to carry out the provisions of this Agreement.
10. This Agreement may be reviewed by the Parties thereto at the request of any Party for the purpose of reaching agreement on modification or amendment at any time after an initial period of twelve months after its entry into force.
4. La République fédérale d'Allemagne garantira aux forces américaines, françaises et britanniques à Berlin, conformément à la législation allemande correspondante, le maintien de la disposition à titre gratuit des installations et immeubles nécessaires à l'accomplissement de leur mission. Les installations et immeubles utilisés jusqu'à présent, et qui ne sont plus nécessaires à l'accomplissement de cette mission, seront restitués aux autorités allemandes dès que possible.
5. Les forces américaines, françaises et britanniques à Berlin coordonneront étroitement toutes leurs activités avec les autorités allemandes compétentes, étant entendu que la responsabilité première de la sécurité à Berlin incombe aux autorités allemandes. A cette fin, elles établiront par accord les liaisons appropriées.
6. La République fédérale d'Allemagne fournira des installations pour l'entraînement des forces américaines, françaises et britanniques conformément aux normes nationales d'entraînement respectives et aux principes figurant à l'Annexe 1 du présent accord.
7. La République fédérale d'Allemagne prendra à sa charge les coûts résultant de l'accomplissement des missions des forces américaines, françaises et britanniques, conformément aux principes figurant à l'Annexe 2 du présent accord et aux conditions qui pourraient ultérieurement être convenues entre les Parties concernées.
8. La République fédérale d'Allemagne garantira et facilitera les mouvements aériens à destination et en provenance de Berlin et les mouvements terrestres entre Berlin et les Länder de Bade-Wurtemberg, Bavière, Brême, Hambourg, Hesse, Basse-Saxe, Rhénanie du Nord/Westphalie, Rhénanie-Palatinat, Sarre et Schleswig-Holstein, des forces américaines, françaises et britanniques.
9. La République fédérale d'Allemagne, les Etats-Unis d'Amérique, la République française et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord conviennent d'établir, dès que possible, tous arrangements supplémentaires qui pourraient être nécessaires à l'exécution des dispositions du présent accord.
10. Le présent accord pourra être révisé à tout moment par les Parties, à la demande de l'une quelconque d'entre elles, aux fins de modification ou d'amendement, après une période initiale de douze mois, à compter de son entrée en vigueur.

11. Diese Vereinbarung kann von jeder Vertragspartei durch schriftliche Anzeige an die anderen Vertragsparteien unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten beendet werden.

Falls sich die Regierungen der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland mit dem Inhalt dieser Note einverstanden erklären, werden diese Note einschließlich ihrer Anlagen und die das Einverständnis Ihrer Regierungen zum Ausdruck bringenden Antwortnoten eine Vereinbarung zwischen unseren vier Regierungen bilden, die nach Erfüllung etwa erforderlicher verfassungsrechtlicher Voraussetzungen in Kraft tritt, wenn die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte unwirksam werden. Jede Regierung unterrichtet die anderen über die Erfüllung ihrer verfassungsrechtlichen Voraussetzungen.

Der englische und der französische Wortlaut dieser Note und ihrer Anlagen sind beigefügt; alle drei Wortlaute sind gleichermaßen verbindlich.

Genehmigen Sie, Exzellenzen, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

S. E.
dem Botschafter der
Französischen Republik

S. E.
dem Botschafter der
Vereinigten Staaten von Amerika

S. E.
dem Botschafter des Vereinigten
Königreichs Großbritannien und Nordirland
Bonn

11. This Agreement may be terminated upon twelve months' written notice by any Party to the other Parties.

If the Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America agree to the content of this Note, this Note, including its Annexes, and the Notes in reply thereto expressing your Governments' agreement shall constitute an Agreement between our four Governments, which shall enter into force, following completion of any necessary constitutional requirements, when Quadripartite rights and responsibilities cease to have effect. Each Government shall notify the others of the completion of its constitutional requirements.

The English and French texts of this Note and its Annexes are attached hereto, all three texts being equally authentic.

Please accept, Excellencies, the assurances of my highest consideration.

H. E.
The Ambassador of the French Republic

H. E.
The Ambassador of the United States
of America

H. E.
The Ambassador of the United Kingdom of
Great Britain and Northern Ireland
Bonn

11. Il pourra être mis fin au présent accord douze mois après notification écrite de l'une quelconque des Parties aux autres Parties.

Si les Gouvernements de la République française, des Etats-Unis d'Amérique et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord acceptent le contenu de cette lettre, cette lettre et ses annexes, et les lettres de réponse, exprimant l'agrément de vos gouvernements, constitueront un accord entre nos gouvernements qui entrera en vigueur, à la suite de l'accomplissement des formalités constitutionnelles requises, lorsque les droits et responsabilités quadripartites cesseront d'avoir effet. Chaque gouvernement notifiera aux autres l'accomplissement de ses formalités constitutionnelles.

Les textes anglais et français de la présente lettre et ses annexes sont joints, tous trois faisant également foi.

Je vous prie d'agréer, Excellences, les assurances de ma très haute considération.

S. E.
l'Ambassadeur de la République française

S. E.
l'Ambassadeur des Etats-Unis d'Amérique

S. E.
l'Ambassadeur du Royaume-Uni de
Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
Bonn

Anlage 1	Annex 1	Annexe 1
Grundsätze für die Ausbildung	Principles for Training	Principes concernant l'entraînement
<ol style="list-style-type: none"> 1. Die amerikanischen, britischen und französischen Truppen in Berlin betreiben und unterhalten auch weiterhin die Ausbildungseinrichtungen, für die sie am 12. September 1990 verantwortlich waren. Darüber hinaus haben sie vorbehaltlich der Nummer 4 dieser Anlage auch weiterhin das Recht, Übungsgelände in Berlin zu nutzen, die ihnen am 12. September 1990 zur Verfügung standen. 2. Einzelausbildung und Ausbildung von Verbänden bis zur Größe eines verstärkten Bataillons werden auch weiterhin unter Nutzung der bestehenden Ausbildungseinrichtungen und Übungsgelände innerhalb Berlins durchgeführt. 3. Der künftige Bedarf an Übungsgelände richtet sich nach der Größe und Zusammensetzung der amerikanischen, britischen und französischen Truppen in Berlin. 4. Jede Verringerung der Ausbildung amerikanischer, britischer und französischer Truppen in Berlin nach Zeit, Ort und Art erfolgt durch zweiseitige Vereinbarung zwischen den Behörden der betroffenen Streitkräfte und den zuständigen deutschen Behörden. 5. Die zuständigen deutschen Behörden erleichtern die Nutzung von Ersatzausbildungseinrichtungen und -übungsgeländen durch die in Berlin stationierten Truppen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs. Deren Eignung wird durch zweiseitige Vereinbarung zwischen den zuständigen deutschen Behörden und den Behörden der Streitkräfte Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs festgelegt. 6. Fallen durch die Nutzung erforderlicher Ersatzausbildungseinrichtungen und -übungsgelände zusätzliche Kosten an, so stellen die zuständigen deutschen Behörden gemäß den Grundsätzen für die Finanzierung in Anlage 2 dieser Vereinbarung ausreichende Mittel zur Verfügung, um diese den Streitkräften Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Berlin entstehenden Kosten auszugleichen. 	<ol style="list-style-type: none"> 1. The French, United Kingdom and United States forces in Berlin shall continue to control and maintain training facilities for which they were responsible on 12 September 1990. In addition, they shall, subject to paragraph 4 of this Annex, continue to enjoy the use of training areas in Berlin which were available to them on 12 September 1990. 2. Individual training and collective training up to and including battalion task force/battalion group level shall continue to be accomplished utilising the existing training facilities and areas inside Berlin. 3. The future training area requirements shall take into account the size and composition of the French, United Kingdom and United States forces in Berlin. 4. Any reductions in the times, places and types of training in Berlin for French, United Kingdom and United States forces shall be effected by bilateral agreement between authorities of the respective forces and the competent German authorities. 5. The competent German authorities shall facilitate the use of replacement training facilities and areas by the forces of France, the United Kingdom and the United States stationed in Berlin. Their suitability shall be determined by bilateral agreement between the competent German authorities and the authorities of the forces of France, the United Kingdom and the United States respectively. 6. Should the use of required replacement training facilities and areas involve additional costs, the competent German authorities shall provide sufficient funds to offset such costs to the forces of France, the United Kingdom and the United States in Berlin in accordance with the Principles for Funding in Annex 2 to this Agreement. 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Les forces américaines, françaises et britanniques à Berlin continueront à contrôler et entretenir les installations d'entraînement dont elles étaient responsables à la date du 12 septembre 1990. De plus, elles continueront à bénéficier de l'usage des zones d'entraînement à Berlin, qui se trouvaient à leur disposition, à la date du 12 septembre 1990, conformément aux dispositions du paragraphe 4 de la présente annexe. 2. L'instruction individuelle et l'entraînement collectif, jusqu'au niveau du groupement d'intervention compris, continueront d'être effectués en utilisant les installations et zones d'entraînement existantes à Berlin. 3. A l'avenir, les besoins en matière de zones d'entraînement prendront en considération la taille et la composition des forces américaines, françaises et britanniques à Berlin. 4. Toutes réductions de durée, de lieu et de types d'entraînement à Berlin des forces américaines, françaises et britanniques seront effectuées par accord bilatéral entre les autorités des forces respectives et les autorités allemandes compétentes. 5. Les autorités allemandes compétentes faciliteront l'utilisation par les forces américaines, françaises et britanniques stationnées à Berlin, d'installations ou de zones d'entraînement de substitution. Leur adéquation sera déterminée par accord bilatéral entre les autorités allemandes compétentes et, respectivement, les autorités des forces américaines, françaises et britanniques. 6. Au cas où des coûts supplémentaires résulteraient de l'utilisation nécessaire d'installations et zones d'entraînement de substitution, les autorités allemandes compétentes fourniront des moyens suffisants pour compenser de tels coûts auprès des forces américaines, françaises et britanniques à Berlin, conformément aux principes de financement définis dans l'Annexe 2 du présent accord.
Anlage 2	Annex 2	Annexe 2
Grundsätze für die Finanzierung	Principles for Funding	Principes financiers
<ol style="list-style-type: none"> 1. Die Bundesrepublik Deutschland trägt weiterhin die Kosten für dieselben Ausgabenkategorien wie bisher, wobei die Höhe der Finanzierung in dem erforderlichen Umfang anzupassen ist, um der Beendigung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte und etwaigen Reduzierungen der Truppenstärke und bei den zivilen Beschäftigten Rechnung zu tragen. 	<ol style="list-style-type: none"> 1. The Federal Republic of Germany shall continue to pay for the same categories of expenditure as at present, the funding to be adjusted as appropriate to take account of the termination of Quadripartite rights and responsibilities, and of any reductions in force levels and civilian employees. 	<ol style="list-style-type: none"> 1. La République fédérale d'Allemagne continuera à prendre en charge les mêmes catégories de dépenses qu'actuellement, le financement étant adapté de manière appropriée pour tenir compte de la fin des droits et responsabilités quadripartites et de toute réduction du niveau des forces et des employés civils.

2. Der Finanzbedarf der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland („die drei Staaten“) wird jährlich auf zweiseitiger Grundlage ermittelt und die Finanzierung durch die Bundesrepublik Deutschland nach Abschluß ihrer haushaltsrechtlichen Verfahren bestätigt. Die drei Staaten erklären sich damit einverstanden, ihren Bedarf erforderlichenfalls näher zu erläutern. Sie veranschlagen ihre Kosten im Einklang mit ihren jeweiligen nationalen Normen auf dem niedrigsten Niveau, das mit dem Auftrag ihrer Streitkräfte vereinbar ist. Im übrigen werden die bisherigen Verfahrensgrundsätze für die Aufstellung und Durchführung des Haushalts angewandt. Die Ausgaben unterliegen der Rechnungsprüfung im Einklang mit den jeweiligen nationalen Normen. Die drei Staaten berücksichtigen in angemessener Weise die Erfordernisse des Bundesrechnungshofs, die ihnen durch die einschlägigen Kanäle übermittelt werden.
2. The expenditure requirements of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America (“the three States“) shall be established annually on a bilateral basis and the funding confirmed by the Federal Republic of Germany following completion of its budgetary procedures. The three States accept that their requirements may need to be presented in greater detail. They shall estimate their costs, in accordance with their national standards, at the lowest level consistent with the mission of their forces. The agreed principles of budgetary management shall otherwise be applied. Expenditure shall be audited according to national standards. The three States shall as appropriate take into consideration the requirements of the Bundesrechnungshof (the Federal Audit Agency), as communicated through the relevant channels.
2. Les demandes de dépenses de la République française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et des Etats-Unis d'Amérique («les trois Etats») seront établies annuellement sur une base bilatérale et le financement assuré par la République fédérale d'Allemagne après accomplissement de sa procédure budgétaire. Les trois Etats acceptent que leurs demandes puissent devoir être présentées de manière plus détaillée. Ils évalueront leurs frais, conformément à leurs normes nationales, au niveau le plus bas compatible avec l'accomplissement de la mission de leurs forces. En outre, les principes agréés de gestion budgétaire seront appliqués. Les dépenses seront vérifiées conformément aux normes nationales. Les trois Etats prendront en considération de manière appropriée les demandes du Bundesrechnungshof (la Cour fédérale des comptes), telles qu'elles seront transmises par les canaux appropriés.
3. Die Ausgaben für einzelne Einrichtungen, die mit den Rechten und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte im Zusammenhang stehen, darunter auch die Missionen der drei Staaten, werden über vereinbarte Abwicklungszeiträume bis spätestens 31. Dezember 1991 schrittweise abgebaut.
3. Expenditure on individual institutions associated with Quadripartite rights and responsibilities, including the missions of the three States, shall be phased out over agreed transitional periods by no later than 31 December 1991.
3. Les dépenses afférentes à des institutions particulières liées aux droits et responsabilités quadripartites, y compris aux missions des trois Etats, seront supprimées au cours de périodes de transition agréées, au plus tard le 31 décembre 1991.
4. Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die Kosten für die Auflösung der Einrichtungen der drei Staaten, deren Aufgaben erlöschen, sowie für die Fortführung etwaiger auf Wunsch der Bundesrepublik Deutschland durchzuführender Aufgaben. Hierfür gelten gesonderte Abmachungen.
4. The Federal Republic of Germany shall bear the costs of dissolving the institutions of the three States whose functions cease to exist, and for the continuation of any functions requested by the Federal Republic of Germany. Separate arrangements shall apply for the latter.
4. La République fédérale d'Allemagne prendra en charge les coûts de la dissolution des institutions des trois Etats dont les fonctions cesseront d'exister, et du maintien de toutes fonctions qui ferait l'objet d'une demande de la République fédérale d'Allemagne. Ce point fera l'objet d'arrangements séparés.
5. Während der unter Nummer 3 dieser Anlage genannten Abwicklungszeiträume gewährleistet die Bundesrepublik Deutschland die fortgesetzte und kostenlose Verfügbarkeit von Sachen, die bisher mit der Ausübung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte im Zusammenhang standen.
5. During the transitional periods referred to in paragraph 3, the Federal Republic of Germany guarantees the continued availability at no cost of property hitherto associated with the exercise of Quadripartite rights and responsibilities.
5. Pendant les périodes de transition, auxquelles il est fait référence au paragraphe 3, la République fédérale d'Allemagne garantira la disponibilité à titre gratuit des biens liés jusqu'à présent à l'exercice des droits et responsabilités quadripartites.
6. Die Bundesrepublik Deutschland erklärt sich damit einverstanden, daß während der Abwicklungszeiträume die derzeit gültigen Berliner Tarifvertragsregelungen für diejenigen Beschäftigten fortgelten, für die sie auch bisher gegolten haben. Beschäftigte, die nicht unter den Berliner Tarifvertrag fallen und ihren Arbeitsplatz verlieren, werden möglichst wohlwollend behandelt.
6. The Federal Republic of Germany accepts that during the transitional periods the present Berlin Tariff Agreement arrangements shall continue for those employees to whom they apply at present. Non-Berlin Tariff Agreement employees who are made redundant shall be treated as sympathetically as possible.
6. La République fédérale d'Allemagne accepte que pendant les périodes de transition, les dispositions de la convention collective de Berlin en vigueur continuent à s'appliquer aux employés auxquels elles s'appliquent actuellement. Les employés ne relevant pas de la convention collective de Berlin, dont l'emploi sera supprimé, seront traités avec le plus de compréhension possible.
7. Über ihre regelmäßigen Überprüfungen hinaus sind die drei Staaten bereit, in Einzelfällen zu prüfen, ob ihr Bedarf an bestimmten Liegenschaften fortbesteht, an denen die deutsche Seite ein besonderes Interesse hat. Dies gilt insbesondere für die Zeiträume, während deren Einrichtungen aufgelöst werden.
7. The three States are prepared in individual cases to examine, in addition to their regular reviews, their requirements for properties in which the German side has a particular interest. This applies especially in the periods during which institutions are being dissolved.
7. Les trois Etats sont disposés, dans les cas particuliers, à examiner en sus de leurs révisions périodiques, leurs besoins concernant des immeubles revêtant un intérêt particulier pour la Partie allemande. Ceci s'applique en particulier aux périodes durant lesquelles des institutions seront dissoutes.

8. Die in zweiseitigen Beratungen bereits konsultierten Haushaltsansätze für 1991 werden unter Berücksichtigung der Beendigung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte und etwaiger Truppenreduzierungen auf zweiseitiger Grundlage überprüft und, soweit erforderlich, angepaßt.
8. The 1991 estimates already consulted bilaterally, adjusted as appropriate to take account of the termination of Quadripartite rights and responsibilities and of any reductions in force levels, shall be reviewed on a bilateral basis.
8. Les prévisions budgétaires pour 1991 qui ont déjà fait l'objet de consultations bilatérales, seront révisées de manière appropriée pour tenir compte de la fin des droits et responsabilités quadripartites et de toute réduction du niveau des forces, et revus sur une base bilatérale.

Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin

Agreement on the Settlement of Certain Matters relating to Berlin

Accord sur le règlement de certaines questions relatives à Berlin

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierungen der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland („die drei Staaten“) –

handelnd auf der Grundlage ihrer langjährigen freundschaftlichen Verbundenheit,

in Würdigung ihres gemeinsamen Eintretens für die Freiheit und Einheit Berlins,

in Anbetracht des Umstands, daß mit Vollendung der Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit auch die Teilung Berlins endgültig beendet wird,

in Anerkennung der Tatsache, daß mit Abschluß des Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland und mit Herstellung der deutschen Einheit die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin ihre Bedeutung verlieren und daß das vereinte Deutschland volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten haben wird,

in der Erwägung, daß es notwendig ist, hierfür in bestimmten Bereichen einschlägige Regelungen zu vereinbaren, welche die deutsche Souveränität in bezug auf Berlin nicht berühren,

im Hinblick auf die zwischen den vier Regierungen geschlossene Vereinbarung über den befristeten Verbleib von Streitkräften der drei Staaten in Berlin –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Der Ausdruck „alliierte Behörden“, wie er in diesem Übereinkommen verwendet wird, umfaßt

- a) den Kontrollrat, die Alliierte Hohe Kommission, die Hohen Kommissare der drei Staaten, die Militärgouverneure der drei Staaten, die Streitkräfte der drei Staaten in Deutschland sowie Organisationen und Personen, die in deren Namen Befugnisse ausgeübt oder – im Fall internationaler Organisationen und

The Government of the Federal Republic of Germany and the Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America (“the three States”),

Acting on the basis of their long-standing friendly relations;

Appreciating their shared commitment to the freedom and unity of Berlin;

Noting that the achievement of the unity of Germany in peace and freedom also means the definitive termination of the division of Berlin;

Recognizing that with the conclusion of the Treaty on the Final Settlement with respect to Germany and the establishment of German unity quadripartite rights and responsibilities relating to Berlin lose their function and that the united Germany will have full sovereignty over its internal and external affairs;

Considering it necessary to agree in certain areas on relevant provisions, which do not affect German sovereignty in respect of Berlin;

Having regard to the Agreement concluded between the four Governments concerning the presence, for a limited period, of the forces of the three States in Berlin;

Have agreed as follows:

Article 1

(1) The term “Allied Authorities” as used in this Agreement means:

- (a) the Control Council, the Allied High Commission, the High Commissioners of the three States, the Military Governors of the three States, the Armed Forces of the three States in Germany, and organizations and persons who have exercised authority on their behalf or, in the case of international or

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et les Gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la République française ainsi que du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord (ci-après dénommés «les trois Etats»),

Agissant sur la base de leurs relations amicales de longue date,

Considérant leur engagement commun en faveur de la liberté et de l'unité de Berlin,

Notant que le parachèvement de l'unité de l'Allemagne dans la paix et la liberté signifie également qu'il est définitivement mis fin à la division de Berlin,

Reconnaissant qu'avec la conclusion du Traité portant règlement définitif concernant l'Allemagne et avec l'établissement de l'unité allemande, les droits et responsabilités quadripartites concernant Berlin perdent leur fonction et que l'Allemagne unie jouira de la pleine souveraineté sur ses affaires intérieures et extérieures,

Prenant en considération la nécessité de convenir dans certains domaines de dispositions appropriées qui n'affectent pas la souveraineté allemande en ce qui concerne Berlin et,

Tenant compte de l'Accord conclu entre les quatre Gouvernements, relatif à la présence, pour une période limitée, de forces armées des trois Etats à Berlin,

Sont convenus de ce qui suit:

Article 1

(1) L'expression «Autorités Alliées», utilisée dans le présent Accord, désigne:

- a) le Conseil de Contrôle, la Haute Commission Alliée, les Hauts Commissaires des trois Etats, les Gouverneurs Militaires des trois Etats, les Forces Armées des trois Etats en Allemagne, ainsi que les organisations et personnes qui ont exercé une autorité en leur nom ou, dans le cas d'organisations internatio-

andere Staaten vertretender Organisationen (und der Mitglieder solcher Organisationen) – mit deren Ermächtigung gehandelt haben, sowie die Hilfsverbände anderer Staaten, die bei den Streitkräften der drei Staaten gedient haben;

- b) die Alliierte Kommandantur Berlin, die Kommandanten des amerikanischen, britischen und französischen Sektors von Berlin sowie Einrichtungen und Personen, die in deren Namen Befugnisse ausgeübt haben.

(2) Der Ausdruck „alliierte Streitkräfte“, wie er in diesem Übereinkommen verwendet wird, umfaßt

- a) die in Absatz 1 bezeichneten alliierten Behörden, soweit sie in oder in bezug auf Berlin tätig waren;
- b) Angehörige der amerikanischen, britischen und französischen Streitkräfte in Berlin;
- c) nicht-deutsche Staatsangehörige, die in militärischer oder ziviler Eigenschaft bei den alliierten Behörden Dienst getan haben;
- d) Familienangehörige der unter den Buchstaben b und c aufgeführten Personen und nicht-deutsche Staatsangehörige, die im Dienst dieser Personen standen.

(3) Die amtlichen Texte der in diesem Übereinkommen erwähnten Rechtsvorschriften sind diejenigen Texte, die zur Zeit des Erlasses maßgebend waren.

(4) Soweit in diesem Übereinkommen auf das Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte Bezug genommen wird, ist dies als Bezugnahme auf die Suspendierung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte oder, wenn keine Suspendierung erfolgt, das Inkrafttreten des Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland zu verstehen.

Artikel 2

Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der alliierten Behörden in oder in bezug auf Berlin oder aufgrund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind. Diese Rechte und Verpflichtungen unterliegen ohne Diskriminierung denselben künftigen gesetzgeberischen, gerichtlichen und Verwaltungsmaßnahmen wie gleichartige nach deutschem Recht begründete oder festgestellte Rechte und Verpflichtungen.

organizations and organizations representing other States (and the members of such organizations), who have acted with their authorization, and auxiliary contingents of other States who have served with the Armed Forces of the three States; and

- b) the Allied Kommandatura Berlin, the commandants of the American, British and French Sectors of Berlin, as well as institutions and persons who have exercised authority on their behalf.

(2) The term "Allied Forces" as used in this Agreement means:

- a) the Allied Authorities referred to in paragraph (1) in so far as they acted in or in respect of Berlin;
- b) members of the American, British and French Armed Forces in Berlin;
- c) non-German nationals who served with the Allied Authorities in a military or civil capacity; and
- d) members of the families of, and non-German nationals who were in the service of, the persons referred to in subparagraphs (b) and (c).

(3) The official text or texts of legislation referred to in this Agreement shall be the text or texts which was or were official at the time of enactment.

(4) Where in this Agreement there is a reference to quadripartite rights and responsibilities ceasing to have effect, this shall be construed as a reference to the suspension of the operation of quadripartite rights and responsibilities or, if there is no such suspension, the entry into force of the Treaty on the Final Settlement with respect to Germany.

Article 2

All rights and obligations created or established by or under legislative, judicial or administrative action of the Allied Authorities in or in respect of Berlin are and shall remain valid for all purposes under German law whether or not their creation or establishment was in conformity with other legislation. Such rights and obligations shall be subject without discrimination to the same future legislative, judicial and administrative measures as similar rights and obligations created or established by or under German law.

nales et d'organisations représentant d'autres Etats (et de membres de ces organisations), qui ont agi avec leur autorisation, ainsi que les contingents auxiliaires d'autres Etats qui ont servi auprès des Forces Armées des trois Etats; et

- b) la Kommandatura Interalliée de Berlin, les Commandants des Secteurs américain, britannique et français de Berlin ainsi que les institutions et personnes ayant exercé une autorité en leur nom.

(2) L'expression «Forces Alliées», utilisée dans le présent Accord, désigne:

- a) les Autorités Alliées visées au paragraphe 1 du présent article, dans la mesure où elles ont exercé leurs activités à Berlin ou en ce qui concerne Berlin;
- b) les membres des Forces Armées américaines, britanniques et françaises à Berlin;
- c) les ressortissants non allemands qui ont été en service auprès des Autorités Alliées en tant que personnel militaire ou civil;
- d) les membres des familles des personnes mentionnées aux alinéas b) et c) du présent paragraphe et les ressortissants non allemands qui ont été au service desdites personnes.

(3) Le ou les textes officiels de la législation visée dans le présent Accord sont celui ou ceux qui étaient officiels au moment où cette législation a été édictée.

(4) Chaque fois que dans le présent Accord il est fait référence à la cessation d'effet des droits et responsabilités quadripartites, cette référence doit être entendue comme une référence à la suspension de l'exercice des droits et responsabilités quadripartites ou, si cette suspension n'a pas lieu, comme une référence à l'entrée en vigueur du Traité portant règlement définitif concernant l'Allemagne.

Article 2

Tous les droits et obligations créés ou institués par des mesures législatives, judiciaires ou administratives prises par les Autorités Alliées à Berlin ou en ce qui concerne Berlin, ou en vertu de telles mesures, sont et demeureront valables à tous égards en droit allemand, qu'ils aient été ou non créés ou institués conformément à d'autres textes législatifs. Ces droits et obligations seront soumis, sans discriminations, aux mêmes mesures d'ordre législatif, judiciaire et administratif qui seront prises à l'avenir, que les droits et obligations similaires créés ou institués par le droit allemand ou en vertu de ce droit.

Artikel 3

(1) Deutsche Gerichte und Behörden können im Rahmen der Zuständigkeiten, die sie nach deutschem Recht haben, in allen Verfahren tätig werden, die eine vor Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in oder in bezug auf Berlin begangene Handlung oder Unterlassung zum Gegenstand haben, soweit in diesem Artikel nicht etwas anderes bestimmt wird.

(2) Eine Zuständigkeit deutscher Gerichte oder Behörden nach Absatz 1 besteht nicht für die folgenden Institutionen und Personen, auch wenn ihre dienstliche Tätigkeit beendet ist, und nicht in den nachstehend genannten Verfahren:

- a) die alliierten Behörden;
- b) Angehörige der alliierten Streitkräfte in nicht-strafrechtlichen Verfahren, die eine Handlung oder Unterlassung in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit zum Gegenstand haben;
- c) Angehörige der alliierten Streitkräfte in strafrechtlichen Verfahren, es sei denn, der betreffende Staat stimmt der Einleitung des Verfahrens zu;
- d) Richter an den von den alliierten Behörden eingesetzten Gerichten in Berlin und andere Gerichtspersonen, die ihnen bisher in der Freistellung von der deutschen Gerichtsbarkeit gleichgestellt waren, soweit sie in Ausübung ihres Amtes gehandelt haben;
- e) Mitglieder der beim Kontrollrat zugelassenen Militärmissionen und Delegationen in Verfahren, die eine Handlung oder Unterlassung in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit zum Gegenstand haben;
- f) Verfahren, für welche die Genehmigung abgelehnt wurde, die nach Gesetz Nr. 7 der Alliierten Kommandantur Berlin vom 17. März 1950 zur Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit erforderlich war;
- g) andere Verfahren, die eine in Ausübung dienstlicher Tätigkeit für die alliierten Streitkräfte begangene Handlung oder Unterlassung zum Gegenstand haben.

(3) Wenn sich in einem Verfahren, auf das Absatz 2 Anwendung findet, die Frage erhebt, ob eine Person in Ausübung ihres Amtes oder ihrer dienstlichen Tätigkeit gehandelt hat, so sind Verfahren nur auf der Grundlage einer Bescheinigung des betreffenden Staates zulässig, daß die fragliche Handlung oder Unterlassung nicht in Ausübung des Amtes oder der dienstlichen Tätigkeit begangen wurde.

(4) Die deutschen Gerichte sind nach Maßgabe des deutschen Rechts für Streitigkeiten zuständig, die sich aus Arbeitsverträgen (einschließlich der damit zusammenhängenden Sozialversicherungsstreitigkeiten) oder Verträgen über Lieferungen und Leistungen ergeben, die vor Unwirksam-

Article 3

(1) German courts or authorities may exercise such jurisdiction as they have under German law in respect of any proceedings relating to an act or omission which occurred in or in respect of Berlin before quadripartite rights and responsibilities ceased to have effect, unless otherwise stipulated in this Article.

(2) German courts or authorities shall have no jurisdiction under paragraph (1) over the following institutions and persons, even if their official functions have ended, or in the following proceedings:

- (a) the Allied Authorities;
- (b) members of the Allied Forces in non-criminal proceedings relating to an act or omission which occurred in the exercise of their official functions;
- (c) members of the Allied Forces in criminal proceedings, unless the State concerned consents to the initiation of proceedings;
- (d) judges of the courts established by the Allied Authorities in Berlin and other court personnel who were similarly exempt from German jurisdiction, in so far as they acted in the exercise of their official duties;
- (e) members of the Military Missions and Delegations accredited to the Control Council in proceedings relating to an act or omission which occurred in the exercise of their official functions;
- (f) proceedings for which the authorization required under Law No. 7 of the Allied Kommandatura Berlin of 17 March 1950 for the exercise of German jurisdiction was denied;
- (g) other proceedings relating to an act or omission which occurred in the exercise of official functions for the Allied Forces.

(3) Whenever in any proceedings to which paragraph (2) applies a question arises whether or not a person has acted in the exercise of his official duties or functions, proceedings shall be permitted only on the basis of certification by the State concerned that the act or omission in question did not occur in the exercise of his official duties or functions.

(4) The German courts shall, in accordance with German law, have jurisdiction over disputes arising from employment contracts (including social security disputes relating thereto), or arising from contracts for the supply of goods or services, concluded before quadripartite rights and respon-

Article 3

(1) Les tribunaux allemands ou autorités allemandes pourront exercer la compétence qu'ils détiennent en vertu du droit allemand en ce qui concerne toute instance relative à un acte ou une omission intervenu à Berlin ou en ce qui concerne Berlin avant que les droits et responsabilités quadripartites aient cessé d'avoir effet, à moins que le présent article n'en dispose autrement.

(2) Les tribunaux allemands ou autorités allemandes n'auront pas compétence en vertu du paragraphe 1, à l'égard des institutions ou personnes mentionnées ci-dessous, même si leurs fonctions officielles ont pris fin, ainsi qu'en ce qui concerne les instances suivantes:

- a) les Autorités Alliées,
- b) les membres des Forces Alliées, dans les instances non pénales relatives à un acte ou une omission intervenu dans l'exercice des fonctions officielles des intéressés,
- c) les membres des Forces Alliées, dans les instances pénales à moins que l'Etat Intéressé consente à l'introduction de la procédure,
- d) les juges des tribunaux institués par les Autorités Alliées à Berlin et les autres personnels de ces tribunaux qui bénéficiaient également de l'exemption de la juridiction allemande, dans la mesure où ils ont agi dans l'exercice de leurs devoirs officiels,
- e) les membres des Missions Militaires et des Délégations accréditées auprès du Conseil de Contrôle, dans les instances relatives à un acte ou une omission intervenu dans l'exercice de leurs fonctions officielles,
- f) les instances pour lesquelles l'autorisation requise en vertu de la Loi n° 7 de la Kommandatura Interalliée de Berlin, en date du 17 mars 1950, pour l'exercice de la compétence allemande a été refusée,
- g) les autres instances relatives à un acte ou une omission intervenu dans l'exercice de fonctions officielles pour le compte des Forces Alliées.

(3) Si, dans une instance à laquelle s'applique le paragraphe 2 du présent article, la question se pose de savoir si une personne a ou non agi dans l'exercice de ses devoirs ou fonctions officiels, la procédure ne sera autorisée que sur la base d'un certificat de l'Etat concerné attestant que l'acte ou l'omission en cause n'est pas intervenu dans l'exercice des devoirs ou fonctions officiels.

(4) Les tribunaux allemands auront, conformément au droit allemand, compétence pour connaître des différends découlant de contrats de travail, y compris les différends en matière de sécurité sociale qui s'y rattachent, ou des différends découlant de contrats de fournitures de marchandises

werden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte geschlossen worden sind. Klagen gegen die Behörden der drei Staaten sind gegen die Bundesrepublik Deutschland zu richten. Klagen dieser Behörden werden von der Bundesrepublik Deutschland erhoben.

Artikel 4

Alle Urteile und Entscheidungen, die von einem durch die alliierten Behörden oder durch eine derselben eingesetzten Gericht oder gerichtlichen Gremium vor Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in oder in bezug auf Berlin erlassen worden sind, bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtskräftig und rechtswirksam und werden von den deutschen Gerichten und Behörden wie Urteile und Entscheidungen deutscher Gerichte und Behörden behandelt.

Artikel 5

(1) Die Bundesrepublik Deutschland wird keinerlei Ansprüche gegen die drei Staaten oder einen von ihnen oder gegen Institutionen oder Personen, soweit diese im Namen oder im Auftrag der drei Staaten oder eines von ihnen tätig waren, geltend machen wegen Handlungen oder Unterlassungen, welche die drei Staaten oder einer von ihnen oder diese Institutionen oder Personen vor Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in oder in bezug auf Berlin begangen haben.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland erkennt an, daß vorbehaltlich des Artikels 3 die in Absatz 1 bezeichneten Ansprüche von ihrer Herrschaftsgewalt unterliegenden Personen nicht geltend gemacht werden.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die Verantwortlichkeit für die Entscheidung über Entschädigungsansprüche für Besatzungsschäden, die vor Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in oder in bezug auf Berlin entstanden sind und für die nach den Bestimmungen der Verordnung Nr. 508 der Kommandanten des amerikanischen, britischen und französischen Sektors vom 21. Mai 1951 in ihrer durch spätere Verordnungen und Ausführungsbestimmungen geänderten Fassung Entschädigung zu leisten wäre, und für die Befriedigung dieser Ansprüche, soweit sie nicht bereits geregelt sind. Die Bundesrepublik Deutschland wird bestimmen, welche weiteren der in Absatz 2 genannten und in oder in bezug auf Berlin entstandenen Ansprüche zu befriedigen angemessen ist, und wird die zur Bestimmung und Befriedigung dieser Ansprüche erforderlichen Maßnahmen treffen.

Artikel 6

(1) Vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 werden Fragen des beweglichen und unbeweglichen

sibilities ceased to have effect. Actions against the authorities of the three States shall be brought against the Federal Republic of Germany. Actions by such authorities shall be instituted by the Federal Republic of Germany.

Article 4

All judgments and decisions rendered in or in respect of Berlin by any tribunal or judicial body established by the Allied Authorities or any of them before quadripartite rights and responsibilities ceased to have effect shall remain final and valid for all purposes under German law and shall be treated by German courts and authorities as judgments and decisions rendered by German courts and authorities.

Article 5

(1) The Federal Republic of Germany shall not assert against the three States or any one of them, or against institutions or persons in so far as they acted on behalf of or under the authority of the three States or any of them, claims of any kind arising out of acts or omissions in or in respect of Berlin of the three States or any one of them, or such institutions or persons, which occurred before quadripartite rights and responsibilities ceased to have effect.

(2) The Federal Republic of Germany recognizes that, subject to Article 3 of this Agreement, claims described in paragraph (1) shall not be asserted by persons subject to its jurisdiction.

(3) The Federal Republic of Germany assumes responsibility for the decision and satisfaction of claims for compensation for occupation damages sustained in or in respect of Berlin before quadripartite rights and responsibilities ceased to have effect and for which compensation would have been payable under the provisions of Ordinance No. 508 issued by the Commandants of the American, British and French Sectors on 21 May 1951, as amended and implemented by subsequent Ordinances and Regulations, in so far as such claims have not already been settled. The Federal Republic of Germany will determine which of the other claims referred to in paragraph (2), in so far as they arose in or in respect of Berlin, should appropriately be satisfied and will take such measures as are necessary for the determination and satisfaction of such claims.

Article 6

(1) Subject to paragraphs (2) and (3), questions of movable and immovable prop-

ou de services, conclus avant que les droits et responsabilités quadripartites aient cessé d'avoir effet. Les actions contre les autorités des trois Etats seront dirigées contre la République fédérale d'Allemagne. Les actions intentées par lesdites autorités seront intentées par la République fédérale d'Allemagne.

Article 4

Tous les jugements et décisions qui ont été rendus à Berlin ou en ce qui concerne Berlin par un tribunal ou par un organe judiciaire institué par les Autorités Alliées ou l'une d'entre elles, avant que les droits et responsabilités quadripartites aient cessé d'avoir effet, demeureront définitifs et valables à tous égards en droit allemand et seront traités par les tribunaux allemands et les autorités allemandes comme des jugements et des décisions rendus par des tribunaux allemands et des autorités allemandes.

Article 5

(1) La République fédérale d'Allemagne ne présentera pas contre les trois Etats ou l'un d'entre eux, ou contre des institutions ou personnes dans la mesure où celles-ci ont agi en leur nom ou sous leur autorité, de réclamations fondées sur des actes ou omissions des trois Etats ou de l'un d'entre eux, ou de ces institutions ou personnes, intervenus à Berlin ou en ce qui concerne Berlin avant que les droits et responsabilités quadripartites aient cessé d'avoir effet.

(2) La République fédérale d'Allemagne reconnaît que, sous réserve de l'article 3 du présent Accord, des réclamations du type décrit au paragraphe 1 ne doivent pas être présentées par des personnes soumises à sa juridiction.

(3) La République fédérale d'Allemagne assume la responsabilité des décisions relatives aux demandes d'indemnisation pour les dommages d'occupation subis à Berlin ou en relation avec Berlin avant que les droits et responsabilités quadripartites aient cessé d'avoir effet et pour lesquels une indemnisation aurait pu être versée en vertu des dispositions de l'Ordonnance n° 508 édictée par les Commandants des Secteurs américain, britannique et français le 21 mai 1951, telle qu'amendée et complétée par les ordonnances et règlements d'application ultérieurs et, dans la mesure où ces réclamations n'ont pas déjà été réglées, de leur règlement. La République fédérale d'Allemagne déterminera lesquelles des autres réclamations mentionnées au paragraphe 2, dans la mesure où elles sont nées à Berlin ou en relation avec Berlin, il serait approprié de régler et elle prendra les mesures nécessaires afin de prévoir le principe de la décision et le règlement de ces réclamations.

Article 6

(1) Sous réserve des dispositions des paragraphes 2 et 3 du présent article, les

weglichen Vermögens, die sich aus der Suspendierung oder Beendigung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in Berlin ergeben, im Rahmen der Vereinbarung über den befristeten Verbleib von Streitkräften der drei Staaten in Berlin, einschließlich ihrer Anlagen, behandelt.

(2) Am Ende der in Anlage 2 der genannten Vereinbarung vorgesehenen Abwicklungszeiträume haben die drei Staaten die Gelegenheit, das Vermögen weiterhin zu nutzen, soweit es von ihren diplomatischen und konsularischen Vertretungen benötigt wird, falls angemessene Regelungen (Miete, Tausch oder Kauf) vereinbart werden können.

(3) Im Einklang mit geltenden Verfahren wird bewegliches Vermögen, das nicht mehr für die in der genannten Vereinbarung, einschließlich ihrer Anlagen, bezeichneten Zwecke benötigt wird und das der betreffende Staat nicht kaufen, tauschen oder mieten möchte, an die zuständige deutsche Behörde zurückgegeben.

Artikel 7

(1) Soweit es für den Abschluß von Verfahren, die bei Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte bei dem „Tribunal français de simple police de Berlin“ anhängig sind, notwendig ist, übt es seine Gerichtsbarkeit nach den bisher geltenden Rechtsvorschriften aus. Das „Tribunal français de Berlin“ übt seine Gerichtsbarkeit in Rechtsmittelverfahren gegen Entscheidungen des „Tribunal français de simple police de Berlin“ aus.

(2) Die in Absatz 1 genannte Gerichtsbarkeit endet im Fall des „Tribunal français de simple police de Berlin“ sechs Monate und im Fall des „Tribunal français de Berlin“ zehn Monate nach Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte.

(3) Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe d und Artikel 4 dieses Übereinkommens finden sinngemäß Anwendung.

Artikel 8

Jede Vertragspartei kann jederzeit mit Konsultationen zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens ersuchen. Die Konsultationen beginnen innerhalb von 30 Tagen, nachdem den anderen Vertragsparteien das Ersuchen notifiziert worden ist.

Artikel 9

Jede Vertragspartei kann um eine Überprüfung dieses Übereinkommens ersuchen. Die Gespräche beginnen innerhalb von drei Monaten, nachdem den anderen Vertragsparteien das Ersuchen notifiziert worden ist.

Artikel 10

Ungeachtet des Artikels 11 kommen die Unterzeichnerregierungen überein, dieses

erty arising from the suspension of the operation, or termination, of quadripartite rights and responsibilities relating to Berlin shall be dealt with in the context of the Agreement concerning the presence, for a limited period, of forces of the three States in Berlin, including its Annexes.

(2) At the end of the transitional periods provided for in Annex 2 of the said Agreement, the three States shall have the opportunity to continue to use such property as may be needed by their diplomatic and consular establishments, if appropriate arrangements (rental, exchange of property or purchase) can be agreed.

(3) In accordance with established procedures, if movable property is no longer needed for the purposes set out in the said Agreement including its Annexes, and if the State concerned does not wish to purchase, exchange or rent it, such property shall be returned to the competent German authority.

Article 7

(1) To the extent necessary to conclude any business pending before it when quadripartite rights and responsibilities cease to have effect, the "Tribunal français de simple police de Berlin" shall exercise its jurisdiction pursuant to the legal provisions heretofore in force. The "Tribunal français de Berlin" shall exercise jurisdiction over appeals against decisions of the "Tribunal français de simple police de Berlin".

(2) The jurisdiction referred to in paragraph 1 shall terminate in the case of the "Tribunal français de simple police de Berlin" six months, and in the case of the "Tribunal français de Berlin" ten months, after quadripartite rights and responsibilities cease to have effect.

(3) Article 3, paragraph (2) (d), and Article 4 of this Agreement shall apply correspondingly.

Article 8

Any Party may, at any time, request consultations among the Parties regarding the interpretation or application of this Agreement. Such consultations shall begin within 30 days from the notification of the request to the other Parties.

Article 9

Any Party may request a review of this Agreement. Discussions shall begin within three months from the notification of the request to the other Parties.

Article 10

Notwithstanding Article 11 of this Agreement the signatory Governments agree that

questions concernant les biens meubles et immeubles et issues de la suspension de l'exercice, ou de la cessation, des droits et responsabilités quadripartites relatifs à Berlin, seront traitées dans le cadre de l'Accord relatif à la présence, pour une période limitée, de forces armées des trois Etats à Berlin et de ses annexes.

(2) A l'expiration des périodes transitoires visées à l'annexe 2 de l'Accord susmentionné, les trois Etats auront la possibilité de continuer à utiliser les biens dont peuvent avoir besoin leurs établissements diplomatiques et consulaires, si des arrangements appropriés (location, échange ou achat) peuvent être convenus.

(3) Conformément aux procédures établies, si des biens meubles ne sont plus nécessaires pour servir les objectifs décrits dans l'Accord susmentionné et ses annexes, et si l'Etat concerné ne désire pas les acheter, les échanger ou les louer, ils seront rendus à l'autorité allemande compétente.

Article 7

(1) Dans la mesure nécessaire pour mener à sa conclusion toute affaire pendante devant lui au moment où les droits et responsabilités quadripartites auront cessé d'avoir effet, le «Tribunal français de simple police de Berlin» exercera sa compétence conformément aux dispositions légales en vigueur jusqu'à ce moment. Le «Tribunal français de Berlin» exercera sa compétence d'appel sur les décisions rendues par le «Tribunal français de simple police de Berlin».

(2) La compétence mentionnée au paragraphe 1 du présent article prendra fin pour ce qui est du «Tribunal français de simple police de Berlin», six mois, et pour ce qui est du «Tribunal français de Berlin», dix mois après que les droits et responsabilités quadripartites auront cessé d'avoir effet.

(3) L'article 3, paragraphe 2 d et l'article 4 du présent Accord s'appliqueront par analogie.

Article 8

Toute Partie contractante pourra à tout moment demander que des consultations aient lieu entre les Parties contractantes sur l'interprétation ou l'application du présent Accord. Les consultations commenceront dans un délai de trente jours à compter de la date de la notification de la demande aux autres Parties contractantes.

Article 9

Toute Partie contractante pourra demander une révision du présent Accord. Les discussions commenceront dans un délai de trois mois à compter de la notification de la demande aux autres Parties contractantes.

Article 10

Nonobstant l'article 11 du présent Accord les Gouvernements signataires convien-

Übereinkommen vom Zeitpunkt des Unwirksamwerdens der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte bis zu seinem Inkrafttreten vorläufig anzuwenden.

this Agreement shall be applied provisionally, until its entry into force, from the time when quadripartite rights and responsibilities cease to have effect.

ment que l'Accord sera appliqué provisoirement à partir du moment où les droits et responsabilités quadripartites auront cessé d'avoir effet et jusqu'à son entrée en vigueur.

Artikel 11

(1) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt. Diese Regierung teilt den anderen Unterzeichnerregierungen die Hinterlegung jeder Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde mit.

Article 11

(1) This Agreement is subject to ratification, acceptance or approval. The instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany. That Government shall inform the other signatory Governments of the deposit of each instrument of ratification, acceptance or approval.

Article 11

(1) Le présent Accord sera soumis à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés auprès du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Celui-ci informera les autres Gouvernements signataires du dépôt de chaque instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

(2) Dieses Übereinkommen tritt am Tag der Hinterlegung der letzten Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

(2) This Agreement shall enter into force on the date of deposit of the last instrument of ratification, acceptance or approval.

(2) Le présent Accord entrera en vigueur à la date du dépôt du dernier instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

(3) Die Urschrift dieses Übereinkommens, dessen deutscher, englischer und französischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt; diese übermittelt den anderen Unterzeichnerregierungen beglaubigte Abschriften.

(3) The original of this Agreement, of which the English, French and German texts are equally authentic, shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany, which shall transmit certified true copies to the other signatory Governments.

(3) L'original du présent Accord dont les textes allemand, anglais et français font également foi, est déposé auprès du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne qui en transmettra aux autres Gouvernements signataires des copies certifiées conformes.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, hierzu gehörig Bevollmächtigten dieses Übereinkommen unterschrieben.
Geschehen zu Bonn am 25. September 1990

In witness whereof, the undersigned plenipotentiaries, being duly authorized thereto, have signed this Agreement.
Done at Bonn this twenty-fifth day of September 1990

En foi de quoi, les plénipotentiaires soussignés, dûment habilités à cet effet, ont signé le présent Accord.
Fait à Bonn, le 25 septembre 1990

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne

Für die Regierung der Französischen Republik
For the Government of the French Republic
Pour le Gouvernement de la République française

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
For the Government of the United States of America
Pour le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland
For the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
Pour le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord

**Bekanntmachung
des deutsch-belarussischen Vertrags über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit
auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik**

Vom 3. Dezember 1993

Der in Bonn am 2. April 1993 unterzeichnete Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik ist nach seinem Artikel 23

am 9. November 1993

in Kraft getreten; er wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 3. Dezember 1993

Bundesministerium für Wirtschaft
Im Auftrag
Dr. Schomerus

**Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Belarus
über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit
auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Belarus –

geleitet von den Prinzipien und Bestimmungen der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 1. August 1975 und der Charta von Paris für ein neues Europa vom 21. November 1990 sowie der weiteren KSZE-Dokumente,

in der festen Absicht, nach Herstellung der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 und der staatlichen Unabhängigkeitserklärung der Republik Belarus vom 27. Juli 1990 die gegenseitigen Beziehungen auf einer völkerrechtlich bindenden Grundlage umfassend zu entwickeln,

in der Überzeugung, daß eine umfassende wirtschaftliche, industrielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus den Wohlstand der Bevölkerung in beiden Staaten steigert und zu vertrauensvollen Beziehungen zwischen beiden Ländern wesentlich beiträgt,

eingedenk der Entschlossenheit der Republik Belarus, den Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft zu vollziehen,

getragen von dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa zu fördern –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Vertragsparteien, geleitet von den Prinzipien der Gleichheit, der Nichtdiskriminierung und des beiderseitigen Vorteils, werden sich für eine stetige Intensivierung und Diversifizierung der beiderseitigen wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen einsetzen.

Soweit im folgenden von jeweils geltenden Rechtsvorschriften gesprochen wird, sollen darunter die jeweiligen Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien verstanden werden.

Artikel 2

Die Vertragsparteien fördern die Handels- und Kooperationsbeziehungen zwischen Unternehmen und Organisationen aus beiden Staaten mit geeigneten Mitteln auf der Grundlage der jeweiligen nationalen Gesetzgebung und in Übereinstimmung mit den jeweiligen nationalen und internationalen Verpflichtungen.

Unter Berücksichtigung der Bedeutung, die in diesem Zusammenhang Fragen der Finanzierung und der Gewährung von mittel- und langfristigen Krediten haben, stellen sie zu diesem Zweck Ausfuhrleistungsfähigkeiten für Kredite zu möglichst günstigen Bedingungen in Anwendung der jeweils geltenden nationalen und internationalen Rechtsvorschriften und Regeln zur Verfügung. Die Vertragsparteien berücksichtigen dabei den Zusammenhang von Ausfuhrleistungsfähigkeiten sowie der Wirtschafts- und Finanzkraft der jeweils anderen Vertragspartei. In diesem Zusammenhang kommt nach Auffassung der Vertragsparteien einer befriedigenden Regelung der Schulden der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eine besondere Bedeutung zu.

Die Vertragsparteien bestätigen ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit im Rahmen der internationalen Finanzinstitutionen einschließlich der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

Die Vertragsparteien schaffen die rechtlichen und materiellen Voraussetzungen, um ungehinderte Kontakte zwischen Unternehmen und Organisationen aus beiden Staaten zu ermöglichen.

Ein Delegiertenbüro der Deutschen Wirtschaft wird bei dieser Zielsetzung eine wichtige Rolle übernehmen. Die Republik Belarus erklärt sich bereit, die Tätigkeit dieses Büros zu unterstützen. Falls sich die Republik Belarus entschließt, ein vergleichbares Büro in der Bundesrepublik Deutschland einzurichten, erklärt sich die Bundesrepublik Deutschland zu entsprechender Unterstützung bereit.

Artikel 3

Beide Vertragsparteien sind sich der Bedeutung präziser und aktueller Wirtschafts- und Geschäftsinformationen bewußt. Sie werden daher zusammenwirken, um sicherzustellen, daß die Unternehmen und sonstigen in der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit befaßten Organisationen die für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten erforderlichen Informationen in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der jeweiligen Vertragsparteien erhalten. Angesichts der Bedeutung, die zuverlässige und kompatible Statistiken für die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten haben, sprechen sich die Vertragsparteien für eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Bundesamt der Bundesrepublik Deutschland und dem Staatskomitee für Statistik und Analyse der Republik Belarus aus.

Artikel 4

Die Vertragsparteien erklären die Bereitschaft, Behinderungen in den Geschäftsbeziehungen zwischen den Unternehmen und Organisationen aus beiden Staaten zu beseitigen oder schrittweise abzubauen. Um zu vermeiden, daß derartige Störungen von unterschiedlichen Normen ausgehen, sprechen sie sich dafür aus, daß die zuständigen Stellen auf diesem Gebiet eng zusammenarbeiten. Einzelheiten dieser Zusammenarbeit bleiben gesonderten Vereinbarungen vorbehalten.

Artikel 5

Die belarussische Seite erklärt, daß sie die Bestimmungen des Abkommens zwischen der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft über Handel und kommerzielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit, soweit sie Marktzugangsregelungen zum Gegenstand haben, als für sich verbindlich anerkennt und für deutsche Unternehmen anwendet. Die belarussische Seite erklärt auch, daß sie in der nächsten Zukunft in die Verhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft zum Abschluß des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens eintreten wird und gewillt ist, sie erfolgreich abzuschließen. Dieses Abkommen soll auch die handelspolitischen Beziehungen zwischen der Republik Belarus und der Europäischen Gemeinschaft regeln.

Artikel 6

Die Vertragsparteien erklären sich bereit, die Niederlassung von Firmen und Organisationen nach Maßgabe der jeweils geltenden Rechtsvorschriften zu unterstützen. Sie lassen sich dabei vom Grundsatz der Niederlassungsfreiheit leiten. Firmen und Organisationen aus beiden Staaten sollen im Rahmen der geltenden internationalen Verpflichtungen nicht schlechter gestellt werden als Firmen und Organisationen aus Drittländern. Das gilt auch für die Einstellung und Beschäftigung von Fach- und Führungskräften im Rahmen der jeweils geltenden Rechtsvorschriften.

Die Vertragsparteien gestatten den Niederlassungen von Firmen und Organisationen mit Sitz im Hoheitsgebiet der jeweils anderen

Vertragspartei den Import der für den Betrieb der Niederlassung erforderlichen Ausrüstungen und Materialien im Rahmen der nationalen Rechtsvorschriften und entsprechend international üblicher Handelspraktiken.

Die Vertragsparteien werden Angehörigen des jeweils anderen Staates, die sich vorübergehend zu Zwecken des Handels als leitende Angestellte, Fachkräfte mit firmenspezifischen Kenntnissen oder als Fachkräfte mit Hochschulausbildung oder hochqualifizierte Fachkräfte mit vergleichbarer Ausbildung im jeweils anderen Staat aufhalten, und deren nächsten Familienangehörigen in der Frage der Bewegungsfreiheit im jeweiligen Hoheitsgebiet sowie in Fragen der Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen und Arbeitserlaubnissen und der Erfüllung von sonstigen Formalitäten, die für die Durchführung einer geschäftlichen oder einer damit im Zusammenhang stehenden Tätigkeit erforderlich sind, nach Maßgabe des jeweils geltenden Rechts und zwischenstaatlicher Übereinkünfte bestmögliche Erleichterungen schaffen.

Die Vertragsparteien werden gleichfalls in Fragen der Gewährung von möglichst günstigen Bedingungen für den Aufenthalt und die Tätigkeit ihrer Bürger, die in das Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei zwecks Erzielung von Arbeitseinkommen reisen, nach Maßgabe des jeweils geltenden Rechts und zwischenstaatlicher Übereinkünfte zusammenarbeiten.

Artikel 7

Die freie Wahl der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, einschließlich einer gemeinsamen Produktion, einer Spezialisierung von Unteraufträgen, von Lizenzverträgen, von Gemeinschaftsunternehmen und selbständigen Unternehmen und anderer Formen von Kapitalanlagen, die sich im Einklang mit den jeweils geltenden Rechtsvorschriften befinden, unterliegt im Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei keinen Beschränkungen.

Artikel 8

Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten geeignete Maßnahmen zur Handelsförderung mit dem Ziel der Diversifizierung und qualitativen Verbesserung des beiderseitigen Warenaustausches treffen. Dazu gehören die Förderung der Teilnahme an Messen und Ausstellungen, die Durchführung von Seminaren sowie sonstige Kontakte zum Zwecke der Förderung des beiderseitigen Handels.

Artikel 9

Die Vertragsparteien sind sich einig, der Zusammenarbeit bei der Produktion, Lagerung, Verarbeitung und Verteilung landwirtschaftlicher Erzeugnisse besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Zu diesem Zweck werden sie die entsprechenden Aktivitäten von Unternehmen und Organisationen aus beiden Staaten im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen und fördern, insbesondere auch im Bereich der Herstellung von Maschinen und Ausrüstungen für Produktion, Transport und Verarbeitung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

Artikel 10

Die Vertragsparteien vereinbaren, die Zusammenarbeit von Unternehmen und Organisationen aus beiden Staaten in folgenden Bereichen zu unterstützen und zu fördern:

- Maschinenbau,
- Fahrzeugbau,
- Elektrotechnik und Elektronik,
- chemische und pharmazeutische Industrie,
- Städteplanung, Wohnungswesen und Bauwirtschaft.

Diese Aufzählung ist nicht erschöpfend. Die Zusammenarbeit wird sich auf alle beiderseits interessierenden Wirtschaftssektoren erstrecken, insbesondere auf die Beteiligung mittelständischer Unternehmen.

Artikel 11

Die Vertragsparteien vereinbaren, bei Projekten der wirtschaftlichen Infrastruktur zusammenzuarbeiten, insbesondere beim Aufbau und Ausbau des Transportwesens und eines modernen Kommunikationsnetzes.

Artikel 12

Die Vertragsparteien stimmen überein, der Zusammenarbeit in Fragen der Konversion von Industriebetrieben auf die Produktion ziviler Güter besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Daher vereinbaren sie eine enge Zusammenarbeit in diesem Bereich und werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten entsprechende Projekte unterstützen.

Artikel 13

Die Vertragsparteien intensivieren die Zusammenarbeit im Bereich der rationellen, umweltverträglichen Nutzung von Rohstoffen und Energieträgern im Rahmen der auf diesem Gebiet tätigen Gremien. Sie erklären ihre Bereitschaft, die industrielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf Gebiete wie Umweltüberwachung, Vorbeugung gegen technologische Gefährdung und Störfälle, Behandlung und Endlagerung von toxischen und gefährlichen Abfällen, Vermeidung und Verminderung der Luft- und Gewässerverschmutzung zu erstrecken.

Artikel 14

Die Vertragsparteien werden die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit im Rahmen ihrer Möglichkeiten fördern. Zu diesem Zweck unterstützen sie die Kontakte und die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern, Fachkräften, wissenschaftlichen Körperschaften und Unternehmen aus beiden Staaten bei der Lösung wissenschaftlich-technischer Probleme und die Durchführung gemeinsamer Forschungsvorhaben.

Die Einzelheiten der Zusammenarbeit werden zwischen den beteiligten Organisationen der beiden Vertragsparteien unmittelbar vereinbart.

Artikel 15

Die Vertragsparteien erkennen die entscheidende Bedeutung eines wirksamen Schutzes der Rechte des geistigen Eigentums für die wirtschaftliche, industrielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit an. Sie erklären ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf diesem Gebiet, zu dem insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill gehören, durch Informationsaustausch über rechtliche Vorschriften und Verfahren, welche in ihren Hoheitsgebieten für den Schutz geistigen Eigentums gelten.

Artikel 16

Die Vertragsparteien unterstreichen ihre Auffassung, daß die Förderung und der gegenseitige Schutz von Kapitalanlagen in dem jeweiligen Hoheitsgebiet wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Fluß von Investitionen aus dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei sind. Die Einzelheiten sind in einem Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen den Vertragsparteien geregelt.

Artikel 17

Zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vertragsparteien und zur Förderung der grenzüberschreitenden Investitionstätigkeit von Unternehmen werden Expertengespräche zur Vorbereitung eines Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Ertrags- und Vermögenssteuern aufgenommen.

Artikel 18

Die Bundesrepublik Deutschland erklärt ihre Bereitschaft, den Aufbau der Marktwirtschaft in der Republik Belarus zu unterstützen.

In Ergänzung zu den von internationalen Organisationen durchgeführten Unterstützungsmaßnahmen bietet sie Beratung und technische Hilfe an. Sie ist bereit, der Republik Belarus die beim Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland gesammelten Erfahrungen zur Verfügung zu stellen.

Die Vertragsparteien vereinbaren, beim Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen in der Republik Belarus durch entsprechende Beratungshilfe, insbesondere bei der Schaffung von marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, eng zusammenzuarbeiten. Die Bundesrepublik Deutschland ist auch bereit, Beratungshilfe bei der Lösung von Problemen im Bereich der sozialen Sicherung zu leisten.

Die Vertragsparteien sind sich einig, daß die wirtschaftliche Beratungshilfe sich vorrangig auf folgende Schwerpunkte konzentrieren soll:

- Privatisierung und Entflechtung von Unternehmen,
- Aufbau mittelständischer Strukturen,
- Aufbau eines Finanzdienstleistungssystems,
- landwirtschaftlicher Sektor,
- Zusammenarbeit im Bereich der Reaktorsicherheit.

Die Bedingungen für die Beratungstätigkeit deutscher Experten in der Republik Belarus werden durch eine gesonderte Regierungsvereinbarung geregelt.

Artikel 19

Die Vertragsparteien sind sich einig, daß der Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften im Wirtschaftsbereich erhebliche Bedeutung für den marktwirtschaftlichen Reformprozeß zukommt. Sie verweisen in diesem Zusammenhang auf das Protokoll vom 11. September 1992 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Belarus über die Zusammenarbeit in der Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften der Wirtschaft und der Wirtschaftsverwaltung. Die Bundesrepublik Deutschland erklärt ihre Bereitschaft, die bestehenden Förderprogramme auf die Republik Belarus zu erstrecken und nach Möglichkeit zu erweitern. Die Vertragsparteien werden ihre Unternehmen und Organisationen ermuntern, die Zusammenarbeit auf Unternehmensebene bei der fachlichen Ausbildung zu intensivieren.

Artikel 20

Die Vertragsparteien stimmen darin überein, daß selbstverwaltete Wirtschaftsverbände, Wirtschaftsassoziationen und andere nicht staatliche Verwaltungsstrukturen der Wirtschaft fester Bestandteil der marktwirtschaftlichen Ordnung sind. Die Bundesrepublik Deutschland erklärt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Unterstützung und Förderung der Bemühungen der Republik Belarus beim Aufbau der vorerwähnten Strukturen, insbesondere eines Systems von Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern bereit.

Artikel 21

Die Vertragsparteien sind sich einig, daß der deutsch-belarussische Kooperationsrat der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten einen institutionellen Rahmen gibt. Der Kooperationsrat hat die Aufgabe, den Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten und den Geschäftsbeziehungen zwischen ihren Unternehmen Impulse zu geben und Prioritäten für die Zusammenarbeit der Vertragsparteien zur Förderung des marktwirtschaftlichen Reformprozesses in der Republik Belarus festzulegen.

Der Kooperationsrat tritt abwechselnd im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien zusammen. Die Tagungen stehen unter dem gemeinsamen Vorsitz leitender Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Belarus.

Die Tagesordnung für die einzelnen Tagungen des Kooperationsrats wird durch jeweilige vorherige Absprache zwischen den Vertragsparteien festgelegt. Sie lassen sich dabei von den Erfordernissen thematischer Flexibilität und eines effizienten Tagungsablaufs leiten. An den gemeinsamen Beratungen nehmen leitende Unternehmensvertreter und andere wirtschaftliche Entscheidungsträger beider Staaten teil.

Daneben besteht eine Arbeitsgruppe zur marktwirtschaftlichen Beratung, deren Tätigkeit im wesentlichen von Vertretern der Regierungen der beiden Vertragsparteien geführt wird.

Die Vertragsparteien sind sich einig, daß die Tagungen des Kooperationsrats jeweils auch zum wirtschaftspolitischen Meinungsaustausch genutzt werden sollen.

Artikel 22

Die Republik Belarus bringt den Wunsch zum Ausdruck, sich möglichst bald in das System der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung und des internationalen Handels zu integrieren. Die Bundesrepublik Deutschland sagt zu, entsprechende Bemühungen der Republik Belarus zu unterstützen.

Die Vertragsparteien werden in allen Bereichen dieses Vertrages eine enge Zusammenarbeit in den internationalen Organisationen und Gremien, deren Mitglied sie sind oder werden wollen, anstreben.

Artikel 23

Dieser Vertrag tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierungen der Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens wird der Tag des Eingangs der letzten Notifikation angesehen.

Artikel 24

Dieser Vertrag wird für die Dauer von zehn Jahren geschlossen. Danach verlängert er sich stillschweigend um jeweils weitere fünf Jahre, sofern er nicht von einer Vertragspartei spätestens sechs Monate vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich gekündigt wird.

Artikel 25

Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags tritt der Vertrag vom 9. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus außer Kraft.

Geschehen zu Bonn am 2. April 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und weißrussischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Kastrup

Rexrodt

Für die Republik Belarus

Mjasnikowitsch

**Bekanntmachung
des deutsch-mosambikanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 7. Dezember 1993

Das in Maputo am 13. Oktober 1993 unterzeichnete
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung der Republik Mosambik
über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 6

am 13. Oktober 1993

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 7. Dezember 1993

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schweiger

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Mosambik
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Vorhaben „Wiederaufbauprogramm Straßensektor“)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Mosambik –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik
Mosambik,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch
partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu
vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen
die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der
Republik Mosambik beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht
es der Regierung der Republik Mosambik, von der Kreditanstalt
für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „Wieder-
aufbauprogramm Straßensektor“, wenn nach Prüfung die Förde-
rungswürdigkeit festgestellt worden ist, einen Finanzierungs-
beitrag bis zu 14 700 000,- DM (in Worten: vierzehn Millionen
siebenhunderttausend Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der
Regierung der Republik Mosambik zu einem späteren Zeitpunkt

ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Durchführung des
Vorhabens „Wiederaufbauprogramm Straßensektor“ von der Kredi-
tanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet
dieses Abkommen Anwendung.

(3) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einverneh-
men zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Mosambik durch andere Vorha-
ben ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags, die Be-
dingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das
Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kredi-
tanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungs-
beitrags zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik
Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Mosambik stellt die Kreditanstalt für
Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen
Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der
Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags in Mosambik
erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Mosambik überläßt bei den sich
aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden
Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr
den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrs-

unternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

zierungsbeitrags ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin bevorzugt genutzt werden. Die weitere Ausgestaltung bestimmt der in Artikel 2 genannte Vertrag.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finan-

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Maputo am 13. Oktober 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Michael Derus

Für die Regierung der Republik Mosambik
Jacinto Veloso

**Bekanntmachung
des deutsch-mosambikanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 7. Dezember 1993

Das in Maputo am 19. November 1993 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Mosambik über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 6

am 19. November 1993

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 7. Dezember 1993

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schweiger

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Mosambik
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Vorhaben: „Ländliche Wasserversorgung – Dürre-Soforthilfe“)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Mosambik –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mosambik,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Mosambik beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Mosambik, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „Ländliche Wasserversorgung – Dürre – Soforthilfe“ einen Finanzierungsbeitrag bis zu 10 000 000,- DM (in Worten: zehn Millionen Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderwürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Mosambik zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des Vorhabens oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des Vorhabens „Ländliche Wasserversorgung – Dürre – Soforthilfe“ von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(3) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Mosambik durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrags zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Mosambik stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags in Mosambik erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Mosambik überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, die die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin bevorzugt genutzt werden. Die weitere Ausgestaltung bestimmt der in Artikel 2 genannte Vertrag.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Maputo, am 19. November 1993, in zwei Ur-
 schriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei
 jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
 Michael Derus

Für die Regierung der Republik Mosambik
 Jacinto Veloso

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Satzung
der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung**

Vom 7. Dezember 1993

Die Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) vom 8. April 1979 (BGBl. 1985 II S. 1215) ist nach ihrem Artikel 25 Abs. 2 Buchstabe c für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Kirgisistan	am 8. April 1993
Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik	am 27. Mai 1993
Moldau	am 1. Juni 1993
Tadschikistan	am 9. Juni 1993.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 15. Juni 1993 (BGBl. II S. 998).

Bonn, den 7. Dezember 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
zur Änderung des Internationalen Übereinkommens
über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“
und der Mehrseitigen Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren**

Vom 8. Dezember 1993

Das Protokoll vom 12. Februar 1981 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens vom 13. Dezember 1960 über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ und die Mehrseitige Vereinbarung vom 12. Februar 1981 über Flugsicherungs-Streckengebühren (BGBl. 1984 II S. 69) sind nach Artikel XXXIII des Protokolls in Verbindung mit Artikel 28 Abs. 3 der Mehrseitigen Vereinbarung für

Ungarn am 1. Juli 1992
in Kraft getreten.

Das Protokoll ist ferner für die
Schweiz am 1. Juli 1992
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 16. Juni 1989 (BGBl. II S. 617).

Bonn, den 8. Dezember 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
des deutsch-kambodschanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 8. Dezember 1993

Das in Phnom Penh am 29. Oktober 1993 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Königlichen Regierung von Kambodscha über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 6

am 29. Oktober 1993

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 8. Dezember 1993

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung
Im Auftrag
Schweiger

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Königlichen Regierung von Kambodscha
über Finanzielle Zusammenarbeit 1992**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Königliche Regierung von Kambodscha –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Kambodscha,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im Königreich Kambodscha beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Königlichen Regierung von Kambodscha, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main,

- a) für das Vorhaben „Sektorbezogenes Programm Landwirtschaft“ ein Darlehen bis zu insgesamt 3 600 000,- DM (in Worten: drei Millionen sechshunderttausend Deutsche Mark) und einen Finanzierungsbeitrag (Zuschuß) bis zu insgesamt 3 400 000,- DM (in Worten: drei Millionen vierhunderttausend

Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist,

- b) für das Vorhaben „Sektorbezogenes Programm Gesundheit“ ein Darlehen bis zu insgesamt 8 200 000,- DM (in Worten: acht Millionen zweihunderttausend Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist,
- c) für das Vorhaben „Studien- und Fachkräftefonds“ einen Finanzierungsbeitrag (Zuschuß) bis zu insgesamt 1 500 000,- DM (in Worten: eine Million fünfhunderttausend Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) Dieses Abkommen findet auch auf Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen zu den in Absatz 1 Buchstaben a und b genannten Vorhaben Anwendung, falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Königlichen Regierung von Kambodscha zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, solche von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zu erhalten. Dabei werden für notwendige Begleitmaßnahmen stets Finanzierungsbeiträge (Zuschüsse) gewährt.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Königlichen Regierung von Kambodscha durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie

das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger der Darlehen und Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Die Königliche Regierung von Kambodscha stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in Kambodscha erhoben werden.

Artikel 4

Die Königliche Regierung von Kambodscha überläßt bei den sich aus der Gewährung der Darlehen und Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Betei-

ligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung oder der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin bevorzugt genutzt werden. Die weitere Ausgestaltung bestimmen die in Artikel 2 genannten Verträge.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Phnom Penh am 29. Oktober 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Wolfgang Lerke

Für die Königliche Regierung von Kambodscha
Norodom Sirivudh
Sam Rainsy

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Abkommens
zur Erhaltung der Fledermäuse in Europa**

Vom 9. Dezember 1993

Nach Artikel 2 Abs. 3 des Gesetzes vom 21. Juli 1993 zu dem Abkommen vom 4. Dezember 1991 zur Erhaltung der Fledermäuse in Europa (BGBl. 1993 II S. 1106) wird bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel XII für

Deutschland am 16. Januar 1994

in Kraft treten wird; die Ratifikationsurkunde war am 18. Oktober 1993 bei der Regierung des Vereinigten Königreichs hinterlegt worden.

Das Abkommen wird ferner am 16. Januar 1994 für folgende Staaten in Kraft treten:

Luxemburg

Niederlande

Norwegen

Schweden

Vereinigtes Königreich

mit Erstreckung auf Gibraltar und die Insel Man

Bonn, den 9. Dezember 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolntarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 7,60 DM (6,20 DM zuzüglich 1,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,60 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Z 1996 A · Entgelt bezahlt

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-kapverdischen Investitionsförderungsvertrags

Vom 14. Dezember 1993

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 30. Juni 1993 zu dem Vertrag vom 18. Januar 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kap Verde über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 1993 II S. 947) wird bekanntgemacht, daß der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 sowie das dazugehörige Protokoll vom selben Tag

am 15. Dezember 1993

in Kraft treten werden.

Die Ratifikationsurkunden sind am 15. November 1993 in Praia ausgetauscht worden.

Bonn, den 14. Dezember 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

heit Deutschlands unberührt bleibt, dürfen die Truppen der Entsendestaaten, ihre zivilen Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen jede dienstliche Tätigkeit mit Ausnahme von Reisen nach und von Berlin nur mit ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Behörden durchführen. Private Tätigkeiten eines Mitglieds ihrer Truppen oder zivilen Gefolge oder eines Angehörigen bedürfen keiner Zustimmung.

- b) Die Truppen der Entsendestaaten, ihre zivilen Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen haben in den genannten Ländern die gleiche Rechtsstellung, die ihnen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein gewährt wird.
- c) Die Bestimmungen dieser Nummer gelten in Berlin für die belgischen, kanadischen und niederländischen Truppen, ihre zivilen Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen, sobald die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte unwirksam werden. Die Bundesrepublik Deutschland, das Königreich Belgien, Kanada und das Königreich der Niederlande arbeiten so bald wie möglich zusätzliche Regelungen im Geist dieser Vereinbarung aus.
- d) Sollten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien dieser Vereinbarung betreffend die praktische Anwendung dieser Nummer auftreten, so werden sie durch ein beratendes Gremium beigelegt, das sich aus Vertretern der Bundesrepublik Deutschland und jeder anderen unmittelbar betroffenen Vertragspartei zusammensetzt.
- e) Die Bestimmungen dieser Nummer werden bei Ablauf der in Artikel 4 Absatz 1 des Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland bezeichneten Frist oder, wenn die Vertragsparteien dieser Vereinbarung dies vereinbaren, zu einem früheren Zeitpunkt überprüft.

Falls sich die Regierungen des Königreichs Belgien, der Französischen Republik, Kanadas, des Königreichs der Niederlande, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland mit dem Inhalt dieser Note einverstanden erklären, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierungen zum Ausdruck bringenden Antwortnoten eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die nach

German unity, any official activity by the forces of the sending States, their civilian components, their members and dependents in the Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Saxony, Saxony-Anhalt and Thuringia, with the exception of travel to and from Berlin, shall only occur with the express consent of the German authorities. Private activities by any member of their forces or civilian components or by any dependent shall not require consent.

- b) The forces of the sending States, their civilian components, their members and dependents shall enjoy in the above-mentioned Länder the same status as that accorded to them in the Länder Baden-Württemberg, Bavaria, Bremen, Hamburg, Hesse, Lower Saxony, North-Rhine/Westphalia, Rhineland-Palatinate, Saarland and Schleswig-Holstein.
- c) The provisions of this paragraph shall apply in Berlin for the Belgian, Canadian and Netherlands' forces, their civilian components, their members and dependents when Quadripartite rights and responsibilities cease to have effect. The Federal Republic of Germany, the Kingdom of Belgium, Canada, and the Kingdom of the Netherlands shall develop as soon as possible additional arrangements in the spirit of this Agreement.
- d) If differences arise between the Parties to this Agreement relating to the practical application of this paragraph, they shall be settled by a consultative group consisting of representatives from the Federal Republic of Germany and any other Party directly concerned.
- e) The provisions of this paragraph shall be reviewed at the expiry of the period referred to in Article 4, paragraph 1, of the Treaty on the Final Settlement with respect to Germany, or earlier, should the Parties to this Agreement so agree.

If the Governments of the Kingdom of Belgium, Canada, the French Republic, the Kingdom of the Netherlands, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America agree to the content of this Note, this Note and the Notes in reply thereto expressing your Governments' agreement shall constitute an Agreement between our Governments, which shall enter into force, following completion of the necessary constitutional

mande, toute activité officielle d'une quelconque des forces des Etats d'origine, de leurs éléments civils, de leurs membres et de leurs personnes à charge dans les Länder de Brandebourg, Mecklembourg-Poméranie antérieure, Saxe, Saxé-Anhalt et Thuringe, à l'exception des déplacements à destination et à partir de Berlin, ne pourra avoir lieu qu'avec le consentement exprès des autorités allemandes. Ce consentement ne sera pas requis pour les activités privées de tout membre des forces ou des éléments civils, ou de leurs personnes à charge.

- b) Les forces des Etats d'origine, leurs éléments civils, leurs membres et leurs personnes à charge jouiront dans les Länder ci-dessus mentionnés du même statut que celui qui leur est accordé dans les Länder de Bade-Wurtemberg, Bavière, Brême, Hambourg, Hesse, Basse-Saxe, Rhénanie du Nord/Westphalie, Rhénanie-Palatinat, Sarre et Schleswig-Holstein.
- c) Les dispositions du présent paragraphe s'appliqueront à Berlin aux forces belges, canadiennes et néerlandaises, à leurs éléments civils, à leurs membres et à leurs personnes à charge lorsque les effets des droits et responsabilités quadripartites auront cessé. La République fédérale d'Allemagne, le Royaume de Belgique, le Canada et le Royaume des Pays-Bas élaboreront aussi rapidement que possible des arrangements additionnels dans l'esprit du présent accord.
- d) Si des divergences apparaissent entre les Parties au présent accord relatives à l'application pratique du présent paragraphe, elles seront réglées par un groupe de consultation composé de représentants de la République fédérale d'Allemagne et de toute autre Partie directement concernée.
- e) Les dispositions du présent paragraphe seront réexaminées à l'expiration de la période visée à l'article 4, paragraphe 1, du Traité portant règlement définitif concernant l'Allemagne, ou plus tôt si les Parties au présent accord en conviennent ainsi.

Si les Gouvernements du Royaume de Belgique, du Canada, des Etats-Unis d'Amérique, de la République française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et du Royaume des Pays-Bas acceptent le contenu de cette lettre, cette lettre et les lettres de réponse exprimant l'accord de vos gouvernements constitueront un accord entre nos gouvernements. Cet accord entrera en vigueur, après l'accomplissement des procédures

Erfüllung der erforderlichen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen in der Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, sobald die Einheit Deutschlands hergestellt ist.

Der englische und der französische Wortlaut dieser Note sind beigefügt; die drei Wortlaute sind gleichermaßen verbindlich.

Genehmigen Sie, Exzellenzen, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

S. E.
dem Botschafter des Königreichs Belgien

S. E.
dem Botschafter
der Französischen Republik

S. E.
dem Botschafter Kanadas

S. E.
dem Botschafter des Königreichs
der Niederlande

S. E.
dem Botschafter der Vereinigten Staaten
von Amerika

S. E.
dem Botschafter des Vereinigten
Königreichs Großbritannien und Nordirland
Bonn

requirements in the Federal Republic of Germany, when German unity is established.

The English and French texts of this Note are attached hereto, all three texts being equally authentic.

Please accept, Excellencies, the assurances of my highest consideration.

H. E.
The Ambassador of the Kingdom
of Belgium

H. E.
The Ambassador of the French Republic

H. E.
The Ambassador of Canada

H. E.
The Ambassador of the Kingdom
of the Netherlands

H. E.
The Ambassador of the United States
of America

H. E.
The Ambassador of the United Kingdom
of Great Britain and Northern Ireland
Bonn

constitutionnelles requises en République fédérale d'Allemagne, lorsque l'unité de l'Allemagne sera réalisée.

Les textes anglais et français de cette lettre sont joints, tous trois faisant également foi.

Je vous prie d'agréer, Excellences, l'assurance de ma très haute considération.

S. E.
l'Ambassadeur du Royaume de Belgique

S. E.
l'Ambassadeur de la République française

S. E.
l'Ambassadeur du Canada

S. E.
l'Ambassadeur du Royaume des Pays-Bas

S. E.
l'Ambassadeur des Etats-Unis d'Amérique

S. E.
l'Ambassadeur du Royaume-Uni de
Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
Bonn

**Notenwechsel
vom 23. September 1991
über die Rechtsstellung der belgischen, kanadischen und niederländischen Truppen
in Berlin**

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 23. September 1991

Exzellenzen,

Ich beehre mich, auf die zwischen Vertretern der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, des Königreichs Belgien, Kanadas und des Königreichs der Niederlande geführten Gespräche über zusätzliche Regelungen im Sinne der Nummer 4 Buchstabe c der Vereinbarung durch Notenwechsel vom 25. September 1990 zum NATO-Truppenstatut, zum Zusatzabkommen und zu den dazugehörigen Vereinbarungen Bezug zu nehmen und den Regierungen des Königreichs Belgien, Kanadas und des Königreichs der Niederlande im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgende Vereinbarung über Erleichterungen von Besuchen in Berlin vorzuschlagen:

1. Unter Berücksichtigung der politischen Gegebenheiten in Berlin, deren sich alle Seiten bewußt sind, dürfen sich nach vorheriger Anmeldung bei den deutschen Behörden bis zu vier Personen der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten belgischen, kanadischen und niederländischen Truppen, ihrer zivilen Gefolge, ihrer Mitglieder und Angehörigen gemeinsam zu dienstlichen Tätigkeiten in Berlin aufhalten; bei gemeinsamem Aufenthalt von mehr als vier Personen ist eine Genehmigung der deutschen Behörden erforderlich.
2. Private Tätigkeiten eines Mitglieds ihrer Truppen (ohne Uniform), der zivilen Gefolge oder eines Angehörigen bedürfen keiner Zustimmung.
3. Waffen dürfen nicht mitgeführt werden.

Falls sich die Regierungen des Königreichs Belgien, Kanadas und des Königreichs der Niederlande mit dem Inhalt dieser Note einverstanden erklären, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierungen zum Ausdruck bringenden Antwortnoten eine Vereinbarung zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, des Königreichs Belgien, Kanadas und des Königreichs der Niederlande bilden, die nach Erfüllung etwa erforderlicher

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, 23 September 1991

Excellencies,

I have the honour to refer to the discussions which have taken place between representatives of the Governments of the Federal Republic of Germany, the Kingdom of Belgium, Canada and the Kingdom of the Netherlands on additional arrangements within the meaning of paragraph 4 (c) of the Agreement by Exchange of Notes of 25 September 1990 concerning the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces, the Supplementary Agreement and the Agreements related thereto, and to propose to the Governments of the Kingdom of Belgium, Canada and the Kingdom of the Netherlands, on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany, the following Arrangement to facilitate visits to Berlin:

1. Taking account of the political situation in Berlin, of which all parties are aware, up to four persons of the Belgian, Canadian and Dutch forces stationed in the Federal Republic of Germany, their civilian components, their members and dependents may together, having informed the German authorities, stay in Berlin to carry out official activities; authorization shall be required from the German authorities if a stay is to be by more than four persons.
2. Private activities of any member of their forces (in civilian clothes) or civilian components or by any dependent shall not require consent.
3. No weapons may be carried.

If the Governments of the Kingdom of Belgium, Canada and the Kingdom of the Netherlands agree to the content of this Note, this Note and the Notes in reply thereto expressing your Governments' agreement shall constitute an Arrangement between the Governments of the Federal Republic of Germany, the Kingdom of Belgium, Canada and the Kingdom of the Netherlands, which shall enter into force following completion of any necessary constitutional

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, le 23 septembre 1991

Excellences,

Me référant aux discussions qui ont eu lieu entre des représentants des Gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, du Royaume de Belgique, du Canada et du Royaume des Pays-Bas au sujet d'arrangements additionnels dans l'esprit de l'alinéa c) du paragraphe 4 de l'Accord par échange de lettres du 25 septembre 1990 concernant la Convention entre les Etats Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le statut de leurs forces, l'Accord complémentaire et les Accords qui s'y rapportent, j'ai l'honneur de proposer aux Gouvernements du Royaume de Belgique, du Canada et du Royaume des Pays-Bas, au nom du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, de conclure l'Arrangement suivant en vue de faciliter les visites à Berlin:

- 1) Compte tenu de la situation politique à Berlin, dont sont conscientes toutes les Parties, un maximum de quatre personnes des forces belges, canadiennes et néerlandaises stationnées en République fédérale d'Allemagne, de leurs éléments civils, de leurs membres et de leurs personnes à charge pourront, après en avoir informé les autorités allemandes, séjourner ensemble à Berlin pour des activités officielles; une autorisation des autorités allemandes sera requise si plus de quatre personnes séjournent ensemble à Berlin.
- 2) Un consentement ne sera pas requis pour les activités privées de tout membre des forces (en civil), des éléments civils ou de leurs personnes à charge.
- 3) Le port d'armes sera interdit.

Si les Gouvernements du Royaume de Belgique, du Canada et du Royaume des Pays-Bas acceptent le contenu de cette note, cette note et les notes de réponse exprimant l'accord de vos gouvernements constitueront un accord entre les Gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, du Royaume de Belgique, du Canada et du Royaume des Pays-Bas qui entrera en vigueur après l'accomplissement des procédures constitutionnelles éventuelle-